



# Arbeit der Landesregierung Brandenburg Oktober 2004 – März 2007

Eine Halbzeitbilanz, die überzeugt!

**Staatskanzlei des Landes Brandenburg**

Abteilung Regierungsplanung, Koordinierung

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: 0331 8661239

## Halbzeitbilanz in der 4. Legislaturperiode 2004 – 2009

Die Arbeit der Landesregierung von Oktober 2004 bis März 2007

### Ziele und Rahmenbedingungen unserer Politik

Die Regierungskoalition hat vor zweieinhalb Jahren die Arbeit aufgenommen. Bei ihrem Amtsantritt hat sich die Landesregierung einem anspruchsvollen Ziel verpflichtet: **Brandenburg soll sich zu einer der besonders erfolgreichen und lebenswerten Regionen in Europa entwickeln.** Wir wollen, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger – und auch die, die in unser Land kommen – sich hier wohl fühlen, dass sie hier ihr Auskommen haben und eine Zukunft für sich, ihre Kinder und Enkelkinder sehen. Dafür machen wir Politik. Beide Koalitionspartner haben sich für einen entschlossenen Aufbruch entschieden, um Brandenburg fit zu machen für eine **Zukunft mit guten Lebenschancen für alle.**

Zu Beginn der Amtszeit hat die Landesregierung eine **ehrliche und schonungslose Bestandsaufnahme** vorgenommen und hat die großen Herausforderungen, die auf uns zukommen und denen wir uns stellen müssen und wollen, stärker als zuvor ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Jetzt ist Halbzeit der Legislaturperiode. Die vorliegende Zwischenbilanz zeigt, was wir bisher erreicht haben und welche Aufgaben in der zweiten Halbzeit vor uns liegen.

### Die Herausforderungen

Die großen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungstrends unserer Zeit wirken sich direkt auch auf Brandenburg aus:

- die Globalisierung der Wirtschaft,
- der demografische Wandel,
- der Strukturwandel zur Bildungs-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft.

Aus diesen Entwicklungen ergeben sich die Anforderungen, denen Brandenburg im 21. Jahrhundert gerecht werden muss und auch gerecht werden kann, wenn wir uns aktiv und vorsorgend darauf einstellen:

- Die **Wirtschaftsstruktur** Brandenburgs muss wirkungsvoller und nachhaltiger entwickelt werden.
- Für ein zukunftsfähiges Brandenburg müssen wir bei **Bildung, Forschung, Wissens- und Technologietransfer** deutlich besser werden.
- Die **Zivilgesellschaft** in Brandenburg muss gestärkt werden und braucht mehr Mitstreiter.
- Die **Entwicklung des Landeshaushalts** erfordert einen effizienteren Mitteleinsatz.

Daran orientiert sich das politische Handeln der Landesregierung. **Wir sind noch längst nicht am Ziel, und auch andere Länder und Regionen schlafen nicht.** Brandenburg muss deshalb alles dafür tun, im Wettbewerb um kluge Köpfe, um wissensintensive Arbeitsplätze und Absatzmärkte sowie um Lebensqualität besser als bisher mitzuhalten. Das erfordert **kontinuierliche Erneuerung** auf allen Gebieten. Brandenburg braucht mehr Innovation.

Nur eine innovative Wirtschaft kann ihre Waren und Dienstleistungen auf den internationalen Märkten absetzen. Wir brauchen deshalb in Brandenburg in Zukunft erheblich **mehr Spitzenleistungen in der**

**Forschung sowie deren zeitnahen Transfer in die Produktion.** Wir müssen den „Wissensgehalt“ unserer Produkte und Technologien steigern.

Dafür brauchen wir mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte, WissenschaftlerInnen und Ingenieure genauso wie FacharbeiterInnen und gut ausgebildete Dienstleistungskräfte. Der Geburtenrückgang seit der Wende und die Abwanderung von gut ausgebildeten Jugendlichen – vor allem junger Frauen – aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und fehlender Lebensperspektiven stehen dem entgegen. Fachkräftemangel führt zur Entwertung des Standortes Brandenburg, deshalb müssen wir dieser Entwicklung unbedingt begegnen. Brandenburg muss ein Land sein, das nicht nur attraktiv ist für diejenigen, die bereits hier leben, sondern das auch Menschen von anderswoher anzieht, weil sie hier gute Lebensperspektiven erwarten.

Die Megatrends unserer Zeit sind keine Naturereignisse. **Wie wir mit den Herausforderungen umgehen, was wir daraus machen, welche Strategien wir entwickeln und welche Chancen wir zupackend nutzen – das alles liegt in unserer Hand.** Wir können uns auf Veränderungen einstellen, mehr noch: Wir können und müssen die Entwicklung in vieler Hinsicht gestalten. Wir können von der vertieften internationalen Arbeitsteilung, von der höheren Lebenserwartung der Menschen, vom steigenden Fachkräftebedarf in einer wissensintensiven Produktion profitieren, wenn wir die richtigen Wege beschreiten.

Wir müssen **fit sein für den kreativen Wettbewerb** mit anderen Regionen in Deutschland und Europa, für einen Wettbewerb um innovative Unternehmen und wissensbasierte zukunftsfähige Arbeitsplätze, für einen Wettbewerb um Investoren, um Gründer, um Fachkräfte. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich zu sein, brauchen wir in Brandenburg mehr denn je Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer, aber auch eine ausgeprägte **Kultur der Toleranz**, ohne die heute keine Region mehr wirtschaftlich erfolgreich sein kann. Wir brauchen ökonomische Dynamik und Wachstum. Und nicht zuletzt brauchen wir die Erneuerung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

Ein Patenrezept, das alle Probleme gleichzeitig löst oder den einen Lösungsansatz gibt es nicht.

**Wir setzen auf eine Kombination aus Bildungsoffensive, gezielter Förderung von Wachstumskernen und Branchenkompetenzen sowie spezifischen Entwicklungsstrategien für einzelne Regionen.**

### Unsere Richtschnur

Um Brandenburg voranzubringen, müssen wir uns auf unsere eigenen Potenziale, Stärken, Entwicklungsmöglichkeiten besinnen – als Land und jeder Einzelne.

Der Leitgedanke unseres Handelns lautet **Erneuerung aus eigener Kraft.**

Das heißt konkret:

#### 1. **Wir werden besser!**

Wir haben viel erreicht in den Jahren seit der Wende, aber noch nicht genug für eine selbst tragende Entwicklung. Die Zahl der Spitzenleistungen, die es zweifellos auch in Brandenburg gibt, ist noch zu gering. Wir müssen und wir können besser werden.

## 2. **Wir stärken unsere Stärken!**

Die Regierungsarbeit in der neuen Legislatur wird entscheidend geprägt durch eine neue Förderstrategie: Wir stärken unsere Stärken, konzentrieren die knapper werdenden Mittel, fordern und fördern Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Regionen.

## 3. **Wir kommen in Bewegung!**

Stillstand ist Rückstand und den können wir uns nicht leisten. Mehr denn je brauchen wir Ideen und Initiativen, Mut und Tatkraft, Ehrgeiz und Durchhaltevermögen, um Brandenburgs Zukunft zu sichern.

## 4. **Wir schaffen das miteinander!**

Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung und des Miteinanders, um unsere Ziele zu erreichen. Wir brauchen ein Klima der Offenheit, Toleranz und Freundlichkeit im Umgang mit uns selbst und anderen, wenn wir Wachstum und Wohlstand schaffen und bewahren wollen.

In einem Satz gesagt:

**Wir in Brandenburg nehmen die Dinge selbstbewusst, tatkräftig und ideenreich in die Hand.**

An diesen Richtlinien orientiert sich die Politik der Landesregierung. Dabei setzte die Koalition von Beginn an auf ein **Mannschaftsspiel**. Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für das ganze Land und alle Lebensbereiche der Menschen in Brandenburg wahr. Das geschieht im Austausch und in Kooperation mit den Akteuren auf kommunaler und regionaler Ebene, mit der Wirtschaft, mit den Interessenvertretungen, mit allen Bürgerinnen und Bürgern.

Erneuerung aus eigener Kraft schließt die Zusammenarbeit mit anderen nicht aus, im Gegenteil. **Wir brauchen verlässliche Partner und Verbündete.**

Unser wichtigster Partner ist und bleibt Berlin, das Land in unserer Mitte, die Bundeshauptstadt und europäische Metropole. **Berlin ist ohne jeden Zweifel ein Glücksfall für unser Land.** Mit dem gemeinsamen Leitbild von Berlin und Brandenburg, das den neuen landesplanerischen Ansatz schon berücksichtigt, hat sich die Landesregierung zur langfristigen und engen Zusammenarbeit mit Berlin bekannt, zur abgestimmten Entwicklung beider Länder. Brandenburg mit allen seinen Landesteilen, mit seinen Städten und den ländlichen Räumen ist Bestandteil der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Darüber hinaus liegen **Brandenburgs Entwicklungschancen in Europa**. Die Europäische Union ist der weltweit größte einheitliche Binnenmarkt, gekennzeichnet durch Vielfalt, geprägt durch gemeinsame Werte und Rechtsstaatlichkeit. Gerade die Integration der Beitrittsstaaten bietet Brandenburg und seinen Nachbarn in Mittel- und Osteuropa vielfältige Möglichkeiten wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenarbeit.

### Der Halbzeitsand

Wenngleich uns mit der Fortführung des Solidarpakts II und den Beschlüssen zur neuen EU-Förderperiode auch weiterhin finanzielle Unterstützung beim Auf- und Ausbau Brandenburgs sicher ist, so schrumpft unser Etat in den nächsten 12 Jahren doch um mehr als 20 %. Spätestens 2019 müssen wir nicht nur auf eigenen Füßen stehen, sondern laufen können – und zwar in die richtige Richtung. Der Konsolidierungskurs muss fortgesetzt werden, um den weiteren Anstieg der Verschuldung und der Zinslasten stoppen zu können. Die verfügbaren Mittel müssen effizienter eingesetzt werden.

## Wo stehen wir heute?

### Finanzen

Zu Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2004 hatte die Neuverschuldung noch 704 Mio. Euro betragen. Im Jahr 2006 fiel die Neuverschuldung mit 354 Mio. Euro deutlich niedriger aus. Dies ist die geringste Verschuldung seit Gründung des Landes. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf für den Doppelhaushalt der Jahre 2008 und 2009 sieht entsprechend der Koalitionsvereinbarung der Regierungsfractionen eine weitere planmäßige Rückführung der Nettokreditaufnahme vor. Brandenburg wird den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortsetzen, um den weiteren Anstieg der Verschuldung und der Zinslasten stoppen zu können. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass der richtige Weg ist.

### Wirtschaft

Die Wirtschaft entwickelt sich positiv. Das Bruttoinlandsprodukt im Land wuchs 2006 um 1,9 %. Damit bleibt Brandenburg jedoch hinter der ostdeutschen Entwicklung zurück. Die neuen Bundesländer ohne Berlin hatten ein Wachstum von 2,8 %. Besonders das Verarbeitende Gewerbe ist weiter im Aufwärtstrend. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist 2006 um 8,0 % gewachsen im Vergleich zu 5,3 % bundesweit.

### Export

Der Brandenburger Außenhandel ist eine Erfolgsgeschichte. 2004 lagen die Exporte Brandenburger Unternehmen bei 5.390 Mio. Euro, im Jahr 2006 wurden Waren im Wert von 8.340 Mio. Euro ins Ausland verkauft. Es wäre noch viel mehr möglich, wie die Exportquoten der westdeutschen Länder zeigen. Brandenburger Firmen machen etwa ein Viertel ihres Umsatzes mit ausländischen Partnern, die Industrie in westdeutschen Ländern im Schnitt 40 % .

### Investitionen

Das Investitionsvolumen betrug insgesamt über 2,5 Mrd. Euro, die Landesförderung 418 Mio. Euro. Damit wurden 6.327 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Land hat in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 125 Investitionsvorhaben (Größenordnung über 2,5 Mio. Euro) aus GA-Mitteln gefördert.

### Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung geraten. Im Jahr 2006 war erstmals seit langem wieder eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Ihre Zahl stieg in Brandenburg zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 um rund 14.000. Dies entspricht einer Zunahme um 2 %. Zwischen Dezember 2004 und Dezember 2005 war die Entwicklung hingegen wie auch in den Jahren zuvor rückläufig gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen im Land ist im Jahr 2006 gegenüber 2005 um knapp 17.500 Brandenburgerinnen und Brandenburger gesunken, das ist ein Rückgang um 7%. Mit einer Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) von 17,0% lag Brandenburg knapp unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 17,3%. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen hat abgenommen und sank von 44,1 % in 2004 auf 41,3 % in 2005 und 40,7 % in 2006 (Angaben ohne Optionskommunen). Die Quote der Langzeitarbeitslosen in Brandenburg liegt damit im ostdeutschen Durchschnitt.

### Kinderbetreuung

Die Ausgaben für Kinderbetreuung sind kontinuierlich gestiegen, von rund 120 Mio. Euro 2004 auf 132,9 Mio. Euro in 2006. In Brandenburg gibt es ein bedarfs- und flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen. Der Versorgungsgrad sowohl der bis zu Dreijährigen (durchschnittlich 40 %) als auch der Drei- bis Sechsjährigen (über 90%) und der Schulkinder (ca. 45 %) ist vorbildlich; Brandenburg belegt über alle Altersgruppen in den Kitas den 2. Platz nach Sachsen-Anhalt.

## Ausbildung

Die Quote der ausbildenden Betriebe in Brandenburg ist 2005 gegenüber 2004 konstant geblieben, während in allen anderen neuen Bundesländern außer Sachsen sinkende Tendenzen zu verzeichnen sind. Für 2005 liegt die Quote in Brandenburg mit 26 % über dem ostdeutschen Durchschnitt und belegt den zweiten Rang nach Sachsen-Anhalt. Auch bei der Auszubildendenquote der Betriebe (Anteil der Auszubildenden an der Belegschaft) liegt Brandenburg gemeinsam mit Sachsen-Anhalt 2005 mit 7 % an der Spitze in Ostdeutschland. Der Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge (gemessen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen) betrug im Jahr 2005 in Brandenburg 23,1 %. Wenn das auch nach Sachsen der zweitniedrigste Rang ist, kann es uns dennoch nicht zufrieden stellen.

## Studium

Unsere Studienangebote sind attraktiv und ziehen junge Menschen aus Deutschland und dem Ausland an. Brandenburg hat eine Studierenden-Importquote von 46,6 % – Platz drei nach Bremen (50,8%) und Rheinland-Pfalz (47,7%). Die Zahl der Studierenden an Brandenburger Hochschulen stieg von 2004/05 zu 2006/07 um 3 %. Die Studienberechtigtenquote (Anteil der Studienberechtigten (Universität und Fachhochschule) an der altersspezifischen Bevölkerung) betrug im Jahr 2004 in Brandenburg 39,9 % und lag damit unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer von 42,9 %. Vor allem bei der Studierendenquote hat Brandenburg noch erhebliche Reserven; im Vergleich zu anderen Ländern nehmen noch zu wenige Studienberechtigte ein Studium auf.

**Die Zahlen zeigen: Wir stehen nicht schlecht da, aber wir können noch weit mehr, wenn wir unsere Möglichkeiten besser ausschöpfen.**

## Schwerpunkte der Regierungsarbeit

### **Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Technologietransfer haben Vorrang!**

Die Landesregierung hat Prioritäten gesetzt: Vorrang hat, was die Zukunft des Landes sichert. Damit sind wir auf dem Weg zu einer selbsttragenden Entwicklung. Jetzt geht es um die konsequente Stärkung der Stärken, die Brandenburg hat. Ziel dieser Politik ist, das ganze Land voranzubringen. Dazu braucht es einen langen Atem.

**Schon jetzt ist die Umsetzung der neuen Förderstrategie für alle Landesteile überaus fruchtbar**, weil sie dazu führt, dass die Regionen eigene Stärken erkennen, Entwicklungspotenziale finden und Konzepte entwickeln und weil sie **kommunale wie unternehmerische Initiativen** auslöst. Erneuerung aus eigener Kraft gelingt nur im tatkräftigen Miteinander von Landesregierung, Unternehmen, Kommunen und Verbänden.

### Die neue Förderstrategie ist zukunftsweisend.

Zur Stärkung besonders leistungs- und entwicklungsfähiger Standorte und Branchen hat die Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode **eine neue Förderstrategie** eingeführt. Der damit verbundene Paradigmenwechsel ist für die Entwicklung Brandenburgs von erheblicher Bedeutung und fand bundesweit Beachtung. Die Neuausrichtung der Landesförderung wurde von Politikern, Unternehmern, Wissenschaftlern, von Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Land diskutiert. Neben viel Zustimmung gab es auch Widerspruch. Insbesondere die Menschen im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs fürchten Benachteiligungen. Zweifellos führt die Konzentration der Fördermittel auf

Wachstumskerne zu Einbußen bei anderen Regionen, zumal wir künftig weniger zu verteilen haben. Es gibt jedoch weiterhin die Basisförderung für alle förderfähigen Unternehmen im ganzen Land. Von den Entwicklungsimpulsen der gezielt geförderten Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte werden letztlich auch die peripheren Räume mit überwiegend ländlicher Struktur profitieren.

Die Landesförderung konzentriert sich auf **15 Regionale Wachstumskerne**, von denen sich fünf aus mehreren Städten zusammensetzen. Ausschlaggebend für die Entscheidung waren wirtschaftliche und/oder wissenschaftliche Potenziale und eine bestimmte Mindestgröße. Die Landesregierung strebt an, die wirtschaftsbezogenen Rahmenbedingungen in den Regionalen Wachstumskernen zu stärken und dadurch Wirtschaftswachstum zu befördern, Arbeitsplätze zu schaffen und eine positive Ausstrahlung auf das Umland zu entfalten. Auf der Grundlage von **Standortentwicklungskonzepten** der Regionalen Wachstumskerne hat die Landesregierung in 2006 erste prioritäre Maßnahmen für die Wachstumskerne beschlossen. Schlüsselmaßnahmen betreffen die Verkehrs- und gewerbliche Infrastruktur; aber auch die Fachkräftesicherung spielt eine wichtige Rolle. Weitere Maßnahmen zielen auf den Tourismus, die Innovationsfähigkeit der Branchenkompetenzfelder, die engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Fragen der Bildung und die bessere Nutzung der Potenziale der Gesundheitswirtschaft.

Es ist bemerkenswert und stimmt optimistisch, dass auch Städte, die nicht Regionaler Wachstumskern geworden sind, sich ihre Potenziale durch die Erarbeitung eines Standortentwicklungskonzepts bewusst machen und daraus Erkenntnisse für die eigene Entwicklung ableiten, die zumeist weit über die Wirtschaftsentwicklung hinausgehen. Es lohnt sich für Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, mit Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft, mit Bildungsträgern und Bürgerbündnissen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Eine ehrliche Bestandsaufnahme, die Formulierung von Zielen für die Region oder Kommune, das Nachdenken über den Weg zum Ziel sind mindestens so wichtig wie Fördermittel. Zudem entwickelt sich **ein fruchtbringender Wettbewerb zwischen den Regionen**, der zeigt, dass bei aller Unterschiedlichkeit jede Region mit den ihr eigenen Stärken punkten kann.

Die Entwicklung der Wachstumskerne ist ein langfristiger Prozess und braucht mehrjährige Unterstützung. Die Landesregierung wird ein **Wirkungscontrolling** durchführen. Doch erst wenn Maßnahmen umgesetzt sind und eine gewisse Zeit wirken konnten, kann über Erfolge geurteilt werden.

#### Branchenkompetenz wächst mit Vernetzung.

Die Landesregierung hat auch die sektorale Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet und setzt auf **17 Zukunftsbranchen mit überdurchschnittlich hohen Entwicklungspotenzialen**. Kriterien für die Ausweisung dieser Zukunftsbranchen waren insbesondere eine überregionale bzw. internationale Orientierung der Unternehmen, die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, eine große Bedeutung für die Wertschöpfung im Land, gute Wachstumschancen für die Branche und nicht zuletzt Schaffung und Erhalt von möglichst vielen Arbeitsplätzen. Investitionen in Zukunftsbranchen werden mit einer **Potenzialförderung** unterstützt. Außerdem wird die Bildung von branchenbezogenen Unternehmensnetzwerken besonders gefördert. Branchenkompetenzfelder und Branchenschwerpunkte mit ihren Entwicklungs- und Wachstumsmöglichkeiten sind in allen Landes teilen zu finden.

Mit der **Einführung einer „Mittelstandskomponente“** in die Wirtschaftsförderung trägt die Landesregierung der Unternehmensstruktur in Brandenburg Rechnung und fördert gezielt kleine und mittelständische Unternehmen: Investitionen bis 2,5 Mio. € erhalten unabhängig von der Branche und dem Standort die Höchstförderung.

Die Förderung von Wachstumskernen und Branchenkompetenzfeldern ist verknüpft mit der **Entwicklung einer stärker wissen sbasierten Wirtschaft** in und für Brandenburg. Der Aufbau von Koope-



rationsnetzwerken für die einzelnen Branchenkompetenzfelder zeigt das besonders deutlich. Wer sich heute über die Leistungsfähigkeit von Unternehmen informiert oder die Qualitäten eines Standortes bewertet, fragt nach dem wissenschaftlichen Umfeld, nach der Forschungs- und Entwicklungskompetenz, nach Hochschulen, Berufsbildungs- und Weiterbildungsstätten.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass mehrere Branchenkompetenzfelder bereits über ein **leistungsstarkes wissenschaftliches Umfeld** verfügen. Die Branche Biotechnologie/Life Sciences beispielsweise lebt davon, dass die Hauptstadtregion ein führender Forschungsstandort in Deutschland auf den Gebieten Genetik, Pharmakologie, Bioinformatik, Biotechnologie ist. Sie hat große Zukunftschancen, weil Netzwerke der modernen Biotechnologie wie das BioProfil Nutrigenomik und die InnoRegio BioHyTec – Biohybride Technologien aufgebaut wurden, weil die Wertschöpfungskette von der Forschung über Entwicklung und klinische Erprobung bis zur Produktion und Vermarktung in der Region immer geschlossener wird. Auch andere Zukunftsbranchen im Land wie die Geoinformationswirtschaft, die Luftfahrttechnik, die Ernährungswirtschaft und die Energiewirtschaft verfügen über leistungsfähige oder ausbaufähige wissenschaftliche Kompetenz.

In allen Branchenkompetenzfeldern fördert und unterstützt die Landesregierung überregional ausgerichtete **Kooperationsnetzwerke**. Aufgabe der Netzwerke ist die Erarbeitung von Branchenstrategien, Hauptakteure sind die Unternehmen der jeweiligen Branche. In der Branche Automotive beispielsweise hat sich das Netzwerk Automotive Berlin-Brandenburg (aBB) etabliert, das nicht nur in der Region Berlin-Brandenburg agiert, sondern auch mit Netzwerken der anderen ostdeutschen Bundesländer zusammenarbeitet. Ziel ist die Entwicklung einer ausgewogenen und zukunftsfähigen Struktur der Automobilbranche in Ostdeutschland.

#### Der Flughafen „Berlin-Brandenburg International“ startet durch.

Der Flughafen BBI ist **das bedeutendste ostdeutsche Infrastrukturprojekt** der nächsten Jahre und für die Region Berlin-Brandenburg ein **Standortfaktor ersten Ranges**. Für die von beiden Ländern angestrebte Entwicklung zu einer europäischen Metropolregion ist der neue Airport unverzichtbar. Der Ausbau des Flughafens „Berlin-Brandenburg International“ und die Entwicklung seines Umfeldes sind beispielgebend für die Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin zum beiderseitigen und gemeinsamen Nutzen. Daraus entstehen **Wachstumsimpulse und Beschäftigungseffekte**. Viele Wirtschaftszweige und –unternehmen wie die Luftfahrtindustrie, die Tourismuswirtschaft und die exportorientierten Unternehmen der Region werden vom BBI profitieren. Darüber hinaus ist bereits jetzt die Sogwirkung des neuen Flughafens auf die sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftsräume in und um Posen, Stettin und Breslau zu spüren. Der BBI wirkt sich insofern stimulierend auf die regionale Zusammenarbeit mit den polnischen Partnerwojewodschaften aus und trägt zur Vertiefung und zum Ausbau von historischen Bezügen und Verbindungen im Interesse einer gemeinsamen guten Entwicklung in Europa bei.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. März 2006 machte den Weg frei für den Ausbau des Flughafens Schönefeld. Ein knappes halbes Jahr später, am 5. September 2006, gab es den ersten Spatenstich. Die Terminplanung ist zu Recht ehrgeizig. Die **Region braucht Tempo** und kann sich keine weiteren Verzögerungen leisten. Eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Projekt Beteiligten von der Flughafengesellschaft über die Landesverwaltungen beider Länder bis zu den Kommunalverwaltungen und Unternehmen ist Voraussetzung für den Erfolg des Vorhabens und wird von der Landesregierung unterstützt. Damit die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Brandenburg eine faire Chance auf Beteiligung am Projekt haben, wird gemeinsam mit der Flughafengesellschaft ein **Mittelstandskonzept** verwirklicht. Die Begleitung des Gesamtvorhabens BBI gehört auch künftig zu den vorrangigen Aufgaben der Landesregierung.

## Energie für heute und morgen.

Im Jahr 2002 hatte die Landesregierung ihre „**Energiestrategie 2010**“ beschlossen, in der energie- und umweltpolitische Ziele für und in Brandenburg verbindlich festgeschrieben wurden. Das Land hält an seinem **Energiemix** fest, in dem die sichere und subventionsfreie Braunkohle einen unverzichtbaren Bestandteil darstellt.

Bereits 2003 wurde der für 2010 angestrebte Anteil von 5,2 % an erneuerbaren Energien beim Primärenergieverbrauch überschritten. Der **Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Stromverbrauch** war bereits Mitte 2006 auf mehr als 30 % gestiegen. Brandenburg hat die zweitgrößte installierte Windenergieleistung in Deutschland. Auf mehr als 60.000 Hektar werden im Land etwa ein Viertel aller Energiepflanzen Deutschlands angebaut. Auch bei der Verstromung biogener Festbrennstoffe haben wir bundesweit eine führende Position eingenommen. Brandenburg hat als erstes Land Mitte 2006 **einen regionalen Biomasseplan** verabschiedet. Die Stärkung erneuerbarer Energien hat positive wirtschaftliche Effekte. So haben sich zum Beispiel mit Unterstützung der Landesregierung seit 2005 vier Solarunternehmen bei uns angesiedelt: Conergy AG, First Solar, Odersun (alle Frankfurt/Oder) und Johanna Solar Technology (Brandenburg a.d.H.). Insgesamt sind schätzungsweise 3000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt dem Bereich erneuerbarer Energien zuzurechnen. Seit Mitte 2006 wird in Spremberg die erste Pilotanlage für ein CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk durch Vattenfall errichtet.

**Energie- und Umweltpolitik braucht Spitzenforschung.** Mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und dem GeoForschungsZentrum arbeiten im Land zwei herausragende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Zu den innovativen Projekten gehören die 2. Geothermie-Forschungsbohrung des GeoForschungsZentrums in Groß Schönebeck, die dazu beitragen soll, Erdwärme auch in Mitteleuropa für die Stromerzeugung nutzbar zu machen sowie die für Juni 2007 in Ketzin geplante erstmalige Verbringung von CO<sub>2</sub> in einen natürlichen Gasspeicher unter die Erde.

## Schulische Bildung mit Qualität.

Brandenburg braucht mehr kluge Köpfe! Die seit 2001 laufende Qualitätsinitiative der Landesregierung trägt dem Rechnung. Jedem Kind in Brandenburg soll **unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen seiner Eltern der Zugang zu guter Bildung** ermöglicht und vermittelt werden. An diesem Anspruch richten sich die landespolitischen **Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung vorschulischer und schulischer Bildung** aus. Sie zielen auf die Stärkung des Bildungs- und Erziehungsauftrages von Kindertagesstätten und Schulen, die Entwicklung der Selbständigkeit von Schule, die Förderung von Leistungen und Begabungen sowie den Ausgleich sozialer Bildungsbenachteiligung durch individuelle Förderung. Jedes Kind in Brandenburg soll so die bestmögliche Bildung erhalten. Eine **Reihe struktureller Veränderungen im Schulwesen** seit Beginn der 4. Legislaturperiode flankiert diese Maßnahmen.

Um der besonderen Bedeutung frühkindlicher Bildung besser Rechnung zu tragen, hat Brandenburg **Grundsätze elementarer Bildung** entwickelt. Sie werden als verbindliche Standards für alle Kindertagesstätten eingeführt. Begleitendes Instrument sind so genannte „**Grenzsteine der Entwicklung**“ zur Entwicklungsbeobachtung und -förderung in den Kitas.

Ein gemeinsamer Orientierungsrahmen für die Bildungsarbeit in Kindertagesstätten und Grundschulen soll den **Übergang in den Schulalltag** ausgestalten und Brüche in den Bildungs- und Entwicklungsbiografien der Jüngsten vermeiden helfen. Verpflichtend ist künftig eine **Sprachstandsmessung** ein Jahr vor der Einschulung und die Förderung sprachentwicklungsverzögerter Kinder. Die **Schulein-**

**gangsphase wird deutlich flexibler:** Eltern können ihre Kinder auch während des laufenden Schuljahres einschulen; die Schulen können bei Bedarf übergreifende Klassen der ersten und zweiten Jahrgangsstufe bilden.

Die sechsjährige Grundschule in Brandenburg ermöglicht den Kindern eine in Deutschland vergleichsweise lange Zeit gemeinsamen Lernens vor dem Wechsel in eine weiterführende Schulform. Mit der **Einführung der Oberschule** zum Schuljahr 2005/2006 wurde eine Schulform in Brandenburg etabliert, die den Erwerb der Berufsbildungsreife und Fachoberschulreife durch Stärkung der Kernfächer und vermehrtes Praxislernen auf eine qualitativ neue Stufe hebt.

Um die Ausbildungszeiten zu verkürzen und den steigenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften zu decken, wird **die Schulzeit zum Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife auf zwölf Jahre** verkürzt. Diese wird im Rahmen einer umfangreichen Schulgesetznovellierung ab dem Schuljahr 2007/2008 eingeführt. Die gezielte **Weiterentwicklung des Schulsystems** in Brandenburg zeigt sich darüber hinaus an der gesetzlichen Festschreibung der Ganztagschule, des Visitationssystem und des Prinzips der Selbstständigkeit von Schule sowie an der Einführung von Leistungs- und Begabungsklassen ab Jahrgangsstufe 5 an 35 weiterführenden Schulen.

Vor allem das „**Projekt Ganztagschule**“ verdeutlicht den Paradigmenwechsel, wonach Schulen nicht nur für Bildung und Erziehung, sondern auch für eine verlässliche Betreuung zuständig sind. Im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen in Höhe von 4 Mrd. Euro für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen und zur Qualifizierung bestehenden Ganztagschulen. Davon werden dem Land Brandenburg in den Jahren 2003 – 2009 insgesamt rd. 130 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, wovon rd. 80 Mio. Euro bereits bewilligt und abgeflossen sind.

Die kontinuierliche **Fortschreibung des Schulressourcenkonzeptes** ermöglicht es der Landesregierung, auf demografiebedingte Veränderungen rechtzeitig zu reagieren und Ziele wie die Vollbeschäftigung der Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer und eine angemessene Lehrer-Schüler-Relation zu verwirklichen.

### Gute Fachkräfte sind unsere Zukunft.

In einer Zeit, in der es immer mehr auf Wissen und Lernfähigkeit ankommt, weil immer mehr Arbeitsplätze wissensbasiert sind, ist eine **gute Ausbildung die Grundlage für Arbeitsmarktchancen und Lebensperspektiven** des Einzelnen. Zugleich entscheidet sich mit der **Verfügbarkeit qualifizierter und qualifizierbarer Arbeitskräfte**, wie innovations- und wettbewerbsfähig die brandenburgischen Unternehmen sind, ob sich neue Betriebe ansiedeln und bestehende erweitert werden, ob Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung und des gravierenden Geburtenrückgangs zur Wendezeit gewinnt das Thema an Brisanz. Deshalb hat die mittel- und langfristige Fachkräftesicherung in der Landespolitik einen hohen Stellenwert.

Im Mai 2005 hat die Landesregierung eine **Interministerielle Arbeitsgruppe Fachkräftesicherung** eingerichtet. Ihre Partner sind verschiedene Interessensvertretungen und Organisationen, darunter die Industrie- und Handwerkskammern, Gewerkschaften, der Arbeitgeberverband, die Hochschulen, der Landkreistag und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg. Die Arbeitsgruppe sensibilisiert und aktiviert betriebliche und regionale Akteure für die Herausforderungen der Fachkräfteentwicklung. Im Fokus stehen:

- Verbesserung der Berufsorientierung,
- Weiterentwicklung und Ausbau der Erstausbildung,
- Kompetenzentwicklung in den Betrieben und Qualifizierung der Beschäftigten,
- Qualifizierung von Arbeitslosen,
- Zusammenarbeit und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft,
- Förderung von Existenzgründungen.

Davon ausgehend unterstützt die Landesregierung gezielt Maßnahmen zur Fachkräftesicherung mit verschiedenen **Förderprogrammen** und mit der **Einrichtung von Regionalbüros** für Fachkräftesicherung. Sechs Regionalbüros haben im März 2006 bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) Brandenburg GmbH ihre Arbeit aufgenommen. Sie helfen vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort bei der Fachkräftesicherung.

### Brandenburg auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Der Dreiklang von Wissensproduktion, Wissensvermittlung und Wissensanwendung bestimmt unsere Entwicklungschancen. **In Brandenburg muss verstärkt Wissen gewonnen und in der Wirtschaft angewendet sowie das gemeinsame Potenzial mit Berlin genutzt werden.** Nur wer seine Entwicklungsmöglichkeiten erkennt, konzentriert und nutzt, hat gute Chancen im internationalen Wettbewerb. Für die Landesregierung hat die qualitative Weiterentwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen deshalb weiterhin Priorität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Sparzwang erhalten die Hochschulen des Landes Planungssicherheit, trägt das Land die zwischen Bund und Ländern vereinbarten höheren Zuwendungen für die Forschungsorganisationen mit und steigen die **Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung.**

Die brandenburgische **Forschungs- und Hochschulpolitik** ist eingebunden in die Wissenschaftspolitik der Europäischen Union und der Bundesregierung: Lissabon-Strategie, Forschungsrahmenprogramm und Bologna-Prozess der EU, Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation setzen den Rahmen für das Streben nach Qualitätssteigerung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Bologna-Prozess beispielsweise führt zur Umstellung der Diplom- und Masterstudiengänge auf das zweistufige System von Bachelor- und Masterstudiengängen. Die Brandenburger Hochschulen sind dabei sehr erfolgreich. Bereits im Sommersemester 2006 lag das Land Brandenburg weit über dem Bundesdurchschnitt von 36,6 Prozent - auf Platz 3 hinter Bremen und Berlin. Ab dem Wintersemester 2006/07 werden 223 Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten – bei insgesamt 264 Studiengängen ein Anteil von 84,5% .

In der **Kooperation und Vernetzung** der Hochschulen und Forschungseinrichtungen untereinander, mit Berliner Wissenschaftseinrichtungen, mit Unternehmen in der Region und nicht zuletzt in Europa liegen die entscheidenden Entwicklungspotenziale. Eine besondere Herausforderung stellt der Hochschulpakt 2020 dar, der zwischen Bund und Ländern vorbereitet wird.

**Das Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe hat sich bewährt und wird weiterentwickelt.** Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben sich mit modernen Steuerungsinstrumenten und flexibler Haushaltsführung darauf eingestellt. Zielvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen sind Teil des Modells und ermöglichen innovative Lösungsansätze, beispielsweise bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Qualitätssicherung von Lehre und Forschung. Mehrere Forschungseinrichtungen, insbesondere Institute der Leibniz-Gesellschaft, konnten – zum Teil im Verbund mit anderen Forschungseinrichtungen und Hochschulen – **Mittel aus dem Pakt für Forschung und Innovation** einwerben.

## Innovationen verbinden Wirtschaft und Wissenschaft.

Zum Jahresende 2005 hat die Landesregierung mit dem **Landesinnovationskonzept Brandenburg 2006** die mittelfristigen innovationspolitischen Ziele und Aufgaben für Brandenburg beschlossen. Im Fokus steht die engere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in der Region. Das Landesinnovationskonzept ist passfähig zur neuen Förderstrategie der Landesregierung.

Die Innovationspolitik des Landes richtet sich auf **sechs Aktionsfelder** :

- Zusammenarbeit mit Berlin zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in der Region,
- Profilierung und Netzwerkbildung in innovativen Branchen,
- innovationsorientierte Unternehmensgründungen aus der Brandenburger Wissenschafts- und Forschungslandschaft,
- innovationsorientierte Ansiedlungsstrategien,
- Technologietransfer mit verstärkter Markt-, Nachfrage- und Branchenorientierung,
- Weiterentwicklung von Finanzierungs- und Förderinstrumenten.

Das Landesinnovationskonzept wird vom Wirtschaftsministerium und weiteren Ressorts in Zusammenarbeit mit der Zukunftsagentur Brandenburg, der Technologiestiftung Brandenburg, brandenburgischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen sowie Vertretern Berlins umgesetzt.

**Die Neuorientierung und der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers** werden die Nutzung und Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wirtschaft verbessern. Der Beirat des Ministerpräsidenten für „Wissens- und Technologietransfer“ macht dazu Vorschläge. Ohne den hohen Stellenwert der Grundlagenforschung in Abrede zu stellen und einer ausschließlichen Marktorientierung der angewandten Forschung das Wort zu reden, ist doch eine deutlich stärkere Orientierung der Forschung an von der Wirtschaft nachgefragten Problemlösungen zwingend. Ein wichtiger Schritt dahin ist der Aufbau von Branchentransferstellen, der in den Branchen Logistik und Luftfahrttechnik gut voran gekommen ist und in der Energiewirtschaft und Ernährungswirtschaft begonnen wurde. Dass auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen vom Wissens- und Technologietransfer profitieren, zeigt die erfolgreiche Arbeit der **Brandenburger Patentverwertungagentur Brainshell**. Sie hat seit ihrer Gründung 2002 jedes vierte Patent erfolgreich vermarktet und wurde 2005 beste Patentverwertungsagentur in Ostdeutschland.

## **Wir machen Politik aus einem Guss für das ganze Land Brandenburg!**

Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Technologietransfer heißt auch: **Andere Politikfelder verlieren damit nicht an Bedeutung**. Die demografische Entwicklung, der wachsende Stellenwert „weicher“ Standortfaktoren im Wettbewerb um Investoren und Fachkräfte, die Stärkung der Demokratie in Brandenburg erfordern **zukunftsweisende und realisierbare Lösungsansätze in allen Politikfeldern** der Landespolitik.

## Ländliche Räume haben Zukunft.

Das Erscheinungsbild Brandenburgs wird maßgeblich geprägt von beeindruckenden Landschaften und von ländlichen Räumen und deren Nutzung durch Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau und Fischerei. Mehrere Zukunftsbranchen des Landes sind eng an die ländlichen Räume gebunden, neben der Ernährungswirtschaft, der Holzverarbeitenden Wirtschaft und dem Tourismus zunehmend auch die Energie-

wirtschaft und der Bereich der Biokraftstoffe. Damit bieten Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe in den ländlich geprägten Landesteilen **ein großes und breit gefächertes Potenzial für Wertschöpfung, Ausbildung und Beschäftigung**. Dabei sind die Großschutzgebiete Brandenburgs beispielgebend für die gelungene Verbindung von Landschaftsschutz und nachhaltiger Wirtschaft.

Die **Landwirtschaft** ist nach wie vor ein wichtiger Arbeitgeber. Im Biobereich werden inzwischen dringend größere Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten benötigt. Die Mark wird wieder zur attraktiven Obst- und Gemüsekauf direkt vor der Tür. Kurze Transportwege garantieren frische Produkte, sparen Energie und sichern Arbeitsplätze in der Region. Die alljährliche Präsentation ideenreicher „**Natürlich Brandenburg**“ - **Produkte** auf der Grünen Woche und der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung belegen eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit und Marktnähe unserer Landwirtschaftsbetriebe. Von besonderer Bedeutung für die Zukunft ländlicher Räume sind **Anbau und Nutzung nachwachsender Rohstoffe**.

Bedenken, dass im Zuge der Neuausrichtung der Förderpolitik die ländlichen Räume benachteiligt werden könnten, sind aus Sicht der Landesregierung unberechtigt. Gleichwohl erfordern die demografische Entwicklung und die spezifische Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum **Strategien und Konzepte**, die den Gegebenheiten und absehbaren Entwicklungen Rechnung tragen. Eine gute Grundlage dafür bieten die von der Europäischen Union und dem Land geförderten **13 „Konzepte für Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILEKs)**. Auch die im Rahmen eines EU-Programms für **13 LEADER+Regionen** vorgeschlagenen Projekte und Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Ländlichen Raum gehen in diese Richtung. Das Land hat die Fördermittel der Europäischen Union mit insgesamt 136 Mio. € (von 2004-2006 bzw. 2005 - 2006) kofinanziert mit dem Ziel, vorhandene und neue Entwicklungspotenziale in den ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken. Chancen für Wachstum und Beschäftigung in ländlichen Räumen bietet beispielsweise die steigende Nachfrage nach Gesundheits- und haushaltsnahen Dienstleistungen, nach Freizeit- und Wellnessangeboten sowie nach Angeboten für Seniorentourismus.

#### Vorfahrt für Kinder und Familien!

Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, Brandenburg zu einer der familienfreundlichsten Regionen in Europa zu entwickeln. Das im Dezember 2005 veröffentlichte **familienpolitische Programm und Maßnahmenpaket** ist der Leitfaden dafür und umfasst gesundheits- und bildungspolitische Aktivitäten ebenso wie Vorschläge für ein familienorientiertes Wohnungswesen und zur Förderung familienfreundlicher Unternehmen. Die mehr als 60 Vorhaben werden planmäßig umgesetzt. Im Zentrum stehen Qualifizierung und individuelle Förderung sowie engere Zusammenarbeit und bessere Vernetzung aller derjenigen, denen die Belange von Kindern und Familien von Berufs wegen und/oder aus persönlichem Engagement wichtig sind.

In Lauchhammer wird seit Juni 2006 **das 1. Netzwerk „Gesunde Kinder“** als Modellprojekt erprobt. Mit diesem Netzwerk soll die gesundheitliche und sozialen Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren gefördert werden. Den teilnehmenden Familien stehen geschulte Paten zur Seite. Diese Paten helfen vor allem bei der Bewältigung des Alltags mit Kindern, indem sie hinschauen, zuhören, nachfragen, erinnern, mit Rat und Tat unterstützen. Darüber hinaus pflegt das Netzwerk die Kontakte zwischen Klinik, Ärzten, Hebammen mit Eltern, Paten und weiteren an der Kindesentwicklung Beteiligten. Das Engagement aller im Netzwerk von Lauchhammer Tätigen übertrifft die Erwartungen der Initiatoren bei weitem. Das Modellprojekt soll Erkenntnisse für einen landesweiten strukturierten und regelfinanzierten Aufbau von lokalen Netzwerken „Gesunde Kinder“ in Brandenburg liefern. Zwischenzeitlich haben zwei weitere Netzwerke in Eberswalde und Nauen die Arbeit aufgenommen.

Auch der Aufbau von „**Lokalen Bündnissen für Familien**“, vom Land mit einer Anschubfinanzierung unterstützt, verläuft erfolgreich. In Brandenburg gibt es inzwischen 16 solcher Bündnisse, weitere sind in Gründung. Initiiert und getragen werden die Bündnisse für Familien vor allem von Vereinen, Schulen, Bürgerinitiativen und erfreulicherweise auch von zahlreichen Unternehmen. Die Kommunen gewähren in vielen Fällen Unterstützung. So entstehen auf lokaler Ebene kleinteilige informelle Netzwerke zur Unterstützung von Familien und Kindern vor Ort. Fragen der Kinderbetreuung, Verkehrssicherheit, kinderfreundlichen Stadtteilgestaltung und mehr können mit dem Engagement der Bündnispartner oftmals schnell und unbürokratisch gelöst werden. Mit Hilfe von Regionalkonferenzen und dem Familien-Info-Bus wird der Bündnisgedanke in den Regionen bekannt gemacht.

Brandenburg hat weiterhin seit Juni 2006 insgesamt 14 pädagogisch ausgerichtete **Eltern-Kind-Zentren** in 11 Landkreisen eingerichtet. Eine Verzahnung mit der Bundesinitiative „Mehrgenerationenhäuser“ ist vorgesehen. Parallel und ergänzend wurde eine überregionale Beratungs-, Informations- und Kommunikationsstelle (ÜBIK) eingerichtet.

In Vorbereitung sind die von der Landesregierung beschlossenen **Sprachstandserhebungen** vor der Einschulung. Nach derzeitigem Erkenntnisstand müssen etwa 15 % der Kinder im Land Brandenburg sprachlich gefördert werden. Ziel der Landesregierung ist es, landesweit in allen Kindertagesstätten Sprachstandserhebungen zu ermöglichen. Dazu laufen planmäßig in 10 Landkreisen erste Fortbildungsmaßnahmen, mit denen das Kita-Personal befähigt wird, Sprachprobleme der Kinder schneller zu erkennen und fachgerecht darauf zu reagieren. Die Resonanz auf die Angebote des Landes ist gut. Der **Brandenburger Familienpass** startete zum Beginn der Sommerferien 2006 mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren und ist ein Jahr gültig. Er enthält kostenlose oder preisreduzierte Angebote von über 150 Anbietern aus Brandenburg und Berlin. Der Familienpass soll Familien die Wahrnehmung touristischer, kultureller, sportlicher und anderer gesellschaftlicher Angebote erleichtern.

### Balance zwischen den Generationen halten!

Landespolitik heißt seit dieser Legislaturperiode zunehmend auch Gestaltung des demografischen Wandels in Brandenburg. Fachkräftesicherung, Familienpolitisches Maßnahmenpaket, Masterplan Stadtumbau zeigen beispielhaft, dass **Wanderungs-, Schrumpfungs- und Alterungsprozesse** in den politischen Konzepten und Entscheidungen ressortübergreifend berücksichtigt werden. Familienfreundliche Politik muss auch dem rasch wachsenden Anteil älterer und alter Menschen Rechnung tragen, um Balance zwischen den Generationen bemüht sein und die Chancen des Alterungsprozesses erkennen und nutzen.

Bereits jetzt ist jeder fünfte Brandenburger 65 Jahre oder älter; im Jahr 2030 wird es jeder dritte sein. Die Landesregierung hat im Januar 2007 **Leitlinien zur Seniorenpolitik** verabschiedet, in denen Ziele und Handlungsfelder der Politik für ältere Menschen verankert sind. Seniorenpolitik in Brandenburg wird als „**Politik des aktiven Alterns**“ begriffen und hat im Wesentlichen drei Ziele: die Eigenverantwortung und Mitverantwortung älterer Menschen zu stärken, die Potenziale von Älteren für die Gesellschaft zu aktivieren und zu nutzen und älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen. Dazu sind in gemeinsamer Verantwortung von Politik und Verwaltung, Kommunen und Wirtschaft, Seniorenvertretungen und Wohlfahrtsverbänden und anderen Beteiligten bereits vielfältige Konzepte, Maßnahmen und Initiativen entwickelt worden. So gibt es zahlreiche Bildungsangebote speziell für Senioren und gleichermaßen einen beachtlichen Beitrag vieler Älterer zur Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in Familien, Kitas, Schulen und Vereinen.

**Seniorenpolitik im Land Brandenburg soll helfen, die Chancen eines langen Lebens besser zu nutzen.** Wichtige Handlungsfelder für Politik und Gesellschaft sind nicht nur Arbeitsmarkt,

Seniorenwirtschaft, Gesundheitsversorgung und die Gestaltung altersgerechter Lebensräume, sondern ebenso der Dialog der Generationen, das bürgerschaftliche Engagement der Älteren, Bildung und Kommunikation unter dem Aspekt des lebenslangen Lernens.

Eng verknüpft mit der Gestaltung des demografischen Wandels, mit der Familien- und Seniorenpolitik ist die **Gesundheitspolitik**. Sie wird von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern unmittelbar erfahren, die Auswirkungen für den Einzelnen können folgeschwer sein. Das betrifft insbesondere die zukünftige **Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung** in den ländlichen, von Bevölkerungsrückgang betroffenen Regionen. Die Landesregierung steht mit allen Beteiligten im intensiven Gespräch. Mit der Gesundheitsreform, die Brandenburg unterstützt hat, wurden hierfür wichtige rechtliche Grundlagen geschaffen. Darüber hinaus sorgt die Gesundheitsreform für einen gerechteren Ausgleich zwischen den Kassen, von dem Brandenburg profitieren wird.

Um die aktuelle Situation der ambulanten ärztlichen Versorgung umgehend zu verbessern, hat die Kassenärztliche Vereinigung ein **Sicherstellungsstatut** beschlossen. Derzeit wird in einem Modellprojekt der **Einsatz von Gemeindeschwestern** erprobt. Zudem wurden wichtige **rechtliche Flexibilisierungen** erreicht, die gerade in Brandenburg wirken und beispielsweise die Anstellungen für Ärzte erleichtern.

Brandenburg verfügt über ein flächendeckendes und hochwertiges **Netz von Krankenhäusern**. Im Zeitraum 1991 bis 2006 wurden öffentliche Mittel in Höhe von 2,6 Mrd. Euro zur Modernisierung der Krankenhäuser in Brandenburg aufgewandt. Die kostenträchtigen Investitionen haben sich gelohnt. Dennoch ist eine Anpassung an aktuelle Entwicklungen erforderlich, sie erfolgt mit der Überarbeitung der Krankenhausplanung ab 2007.

#### Der Staat ist für die Bürger da.

Brandenburg nutzte als erstes Bundesland die mit der Föderalismusreform gewachsene Gesetzgebungskompetenz, um ein **Gräberstätten-Versammlungsgesetz** zu erlassen. Das Gesetz ist am 31. Oktober 2006 in Kraft getreten und hat sich schon am 3.3.07 beim Aufmarsch von Rechtsextremisten in Halbe bewährt. Nach der Entscheidung des OVG dürfte es auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein, dass die Rechtsextremisten diese Kriegsgräberstätte als Kulisse missbrauchen können.

Im Dezember 2005 wurde zwischen Brandenburg und Berlin ein Staatsvertrag über die **Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg** unterzeichnet. Ziel ist es, die länderübergreifende Zusammenarbeit weiter zu stärken und durch die organisatorische Bündelung gleichartiger Aufgaben einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die Einrichtung des "Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg" ist in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts zum 1.1.2007 erfolgt.

Am 27.1.2005 trat die **Einrichtung einer Härtefallkommission in ausländerrechtlichen Angelegenheiten** durch Rechtsverordnung (HFKV) in Kraft (Novellierung zur HFKV ist am 6.10.2006 in Kraft getreten). Die Härtefallregelung eröffnete die Möglichkeit, besonders gelagerte Einzelfälle, die der Gesetzgeber aufgrund ihrer spezifischen Ausgestaltung nicht berücksichtigen konnte, nach humanitären Gesichtspunkten zu entscheiden. Der Einzelne kann aus der Härtefallregelung des Zuwanderungsgesetzes keine Ansprüche ableiten und die Entscheidungen unterliegt keiner gerichtlichen Kontrolle.



Unter dem Ziel der Landesregierung "Erreichbarkeit und Bürgernähe auch bei erforderlichem Rückzug der Verwaltung aus der Fläche" sicherzustellen, wurde eine Rahmenvereinbarung zwischen Innenministerium, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag zur Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landkreisen und Gemeinden im Rahmen der **Gemeinschaftsinitiative "eBürgerdienste"** vom 31.1.2005 geschlossen.

Das **Polizeigesetz wurde novelliert** mit dem Ergebnis, dass die Videoüberwachung und Eingriffe in die Telekommunikation geregelt und der Grundrechtsschutz für die polizeilich-präventive Wohnraumüberwachung erweitert wurden. Außerdem wurde die anlassbezogene Kennzeichenfahndung eingeführt. Die erweiterten Polizeibefugnisse tragen dem hohen technischen Niveau unserer Gesellschaft Rechnung. Damit erhält unsere Polizei für ihre Aufgabe, Menschen zu retten oder schwere Straftaten zu verhindern die nötige Handlungssicherheit.

Das **Modellvorhaben zur Einführung der Doppik** in acht Modellkommunen ist abgeschlossen. Bei der Doppik handelt es sich um ein betriebswirtschaftlich ausgerichtetes Rechnungswesen. Es soll das althergebrachte kameralistische Haushaltsrecht ersetzen. Die Vorlage einer Gesamtdokumentation des Modellprojektes ist bis zum 30.9.2007 geplant.

Zur **Bekämpfung von Korruption** ist eine gemeinsame Ermittlungsgruppe aus LKA und der Staatsanwaltschaft Neuruppin im März 2005 gebildet worden, deren Aufgaben die Bearbeitung von Ermittlungsverfahren auf dem Gebiet der strukturellen Korruption sowie die Fortentwicklung polizeilicher Bekämpfungsstrategien sind.

#### Zivilgesellschaft und Ehrenamt stärken das Miteinander.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine Stütze unseres Gemeinwesens, deren Bedeutung stetig wächst. Freiwillige Leistungen für die Gesellschaft, also für uns alle, werden von der Landesregierung seit dieser Legislaturperiode verstärkt gefördert und unterstützt. Dabei war die Ausgangsposition gut: Brandenburg hält den ostdeutschen Spitzenplatz beim Ehrenamt. **Jeder Dritte im Land betätigt sich schon jetzt ehrenamtlich**, wie eine Studie zum freiwilligen Engagement in Brandenburg 1999 – 2004 gezeigt hat.

Die im August 2005 in der Staatskanzlei eingerichtete **Koordinierungsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“** entwickelt Strategien zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit und stimmt Maßnahmen und Aktivitäten innerhalb der Landesregierung ab. Die bereits Engagierten sollen unterstützt, die noch Unentschlossenen gewonnen werden. Dazu und um die Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit zu verdeutlichen, hat die Landesregierung das Ehrenamt stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Koordinierungsstelle ist Anlaufpunkt und Servicestelle für ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg. Mehr Rechtssicherheit erhalten Ehrenamtliche mit den neuen Landesrahmenverträgen für den Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz, die im Januar 2006 in Kraft traten. Die im Januar 2007 in Potsdam gegründete **Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen** wird von der Staatskanzlei unterstützt. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und damit der Zivilgesellschaft ist eine langfristige Aufgabe der Landes- und Kommunalpolitik.

Zur Umsetzung des Handlungskonzeptes der Landesregierung „**Tolerantes Brandenburg**“ sind Engagement und Zivilcourage unverzichtbar. Dass Neonazis und Rechtsextremisten in Brandenburg keine Toleranz erwarten können, ist in der letzten Zeit mehr als deutlich geworden. Halbe und Seelow, Wittstock und Kleinow stehen stellvertretend dafür. Die Zahl rechter Gewaltstraftaten ist in Brandenburg 2006 entgegen dem Bundestrend gesunken, im Vergleich zu 2004 um 15 %. Die Landesregierung

unterstützt den alltäglichen und unermüdlichen Kampf vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger gegen Rechts mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

### Brandenburg öffnet sich in Richtung Europa!

**Weltoffenheit und Aufgeschlossenheit** gegenüber fremden Menschen und Kulturen wachsen bei Begegnungen über Landesgrenzen hinaus. Brandenburg pflegt und unterstützt in vielfältiger Weise länderübergreifende Partnerschaften auf gesellschaftlicher und kommunaler Ebene. Es hat sich als Land in Europa einen guten Namen gemacht und arbeitet in verschiedenen Netzwerken auf europäischer Ebene aktiv mit. Brandenburg hat sich durch den Umzug der Landesvertretung ein neues Gesicht in Brüssel gegeben. Die **Landesvertretung verstärkt ihre Aktivitäten als Anlaufstelle und Scharnier zwischen Vertretern der EU-Kommission und Akteuren aus dem Land**, weil Europa nur lebt, wenn es vor Ort erkennbar und erfahrbar ist.

### **Viel erreicht – noch viel zu tun**

Es ist viel erreicht worden. Wir werden besser. Die Landesregierung hat energisch die Erneuerung unseres Landes voran gebracht. Es ist gut, dass wir Brandenburgerinnen und Brandenburger uns auf unsere eigene Kräfte besinnen. Es bleibt noch viel zu tun. Wir müssen weiterarbeiten auf das Ziel hin: Brandenburg - ein lebenswertes Land mit Zukunftschancen für alle.



# Arbeitsprogramm der Landesregierung Brandenburg Oktober 2004 – März 2007

## Bilanz in tabellarischer Übersicht

(enthält Ziele, erledigte Vorhaben sowie  
Vorhaben mit abrechenbarem  
Erledigungsstand)



**Staatskanzlei des Landes Brandenburg**

Referat Regierungsplanung, Reden

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: 0331 8661451

## Politikfeld Wirtschaft, Arbeit, Technologie und Haushalt

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Wirtschaftsförderung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Konzentration der Förderung auf vorhandene Cluster und Kompetenzfelder sowie entwicklungsfähige Branchenkompetenzen und regionale Wirtschaftszentren, Ausrichtung von Förder- und Ansiedlungspolitik auf die Stärkung dieser Potenziale</li> </ul>	- Analyse der Potentiale (Branchen und Standorte), Erarbeitung einer Förderstrategie im Rahmen der AG "Aufbau Ost", Konzentration der Landesförderung auf 15 Regionale Wachstumskerne	Stk
	- Neuausrichtung der sektoralen Wirtschaftsförderung auf 17 Zukunftsbranchen mit überdurchschnittlich hohen Entwicklungspotenzialen	
	- Festlegung von prioritären Projekten für die Regionalen Wachstumskerne auf Grundlage von Standortentwicklungskonzepten	
	- Berücksichtigung der neuen Förderstrategie bei der Konzipierung der neuen EU- Strukturfondsperiode 2007-2013	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Mittelstandsförderung, Verbesserung der Finanzierungshilfen für KMU, bessere Qualifizierung der KMU für erfolgreiches Abschneiden bei Ausschreibungen</li> </ul>	- Auflage eines Mittelstandsförderprogramm, (zuvor Bedarfsanalyse für KMU, Erarbeitung einer Studie)	MW
	- Einführung einer "Mittelstandskomponente" in die Wirtschaftsförderung, Investitionen bis 2,5 Mio. € erhalten unabhängig von der Branche und dem Standort die Höchstförderung	
	- Erarbeitung von Lösungsvorschlägen bzw. neuer Förderprogramme unter Berücksichtigung des neuen EFRE-OP und Erfahrungen mit dem neuen KfW- Mittelstandsprogramm	
	- Novellierung des Brandenburgischen Mittelstandsförderungsgesetzes (öffentliche Vergaben, Anpassung an Bundes- und Europarecht) befindet sich im Mitzeichnungsverfahren	
	- Auflage eines Risikokapitalfonds (aus EU- Mitteln)	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Existenzgründungen und Existenzsicherung fördern, Erhöhung der Selbstständigkeitsquote, Stärkung der Nachhaltigkeit von Existenzgründungen</li> </ul>	- Fortführung und qualitative Verbesserung der Landesinitiative AGIL, hierbei Zusammenarbeit mit externen Partnern (ILB, ZAB, Bürgschaftsbank BB und LASA), Öffentlichkeitsarbeit künftig unter einem Dach	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>Rolle der ILB als Förderbank weiterentwickeln</li> </ul>	- Im Rahmen der gesetzlich definierten Förderbereiche wird die ILB künftig eigene Förderprogramme anbieten, hierzu wurde Produktfamilie „Brandenburg-Kredit“ entwickelt (keine HH- Mittel hierfür benötigt)	MdF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Attraktivität des Wirtschaftsstandortes im Wettbewerb der Regionen bei Neuan-siedlungen und Investitionen erhöhen</li> </ul>	- Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten, Änderung des Ladenschlussgesetzes, Gesetzesnovelle ist noch zum Weihnachtsgeschäft 2006 in Kraft getreten, wurde vom Handel begrüßt und wird entsprechend der Bedürfnisse der VerbraucherInnen angewandt	MASGF
	- Engagement deutlich verstärkt, Investitionsvorhaben als Public Private Partnership zu realisieren: 2 größere Vorhaben des Landes identifiziert (Landtag, Neubau MdF)	MdF
	- Wettbewerb "Wirtschaftsfreundlichste Kommune des Landes" war großer Erfolg, Best Practise Beispiele ausgezeichnet, Nachahmung in anderen Kommunen initiiert, wird künftig 2-jährig fortgeführt	MW
	- Projekt "Tag des offenen Unternehmens" wurde von deutscher Standortinitiative "365 Orte im Land der Ideen" ausgewählt, wird am 12. Mai 2007 stattfinden	Stk

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Technologie- und Innovationsförderung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschreibung der Ziele des Landesinnovationskonzeptes, beschleunigte Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch neue Anreizsysteme im Technologietransfer, Ausrichtung der Technologieförderung auf marktfähige Produkte und Dienstleistungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fortschreibung des Landesinnovationskonzeptes, (hierzu Bildung einer Kernarbeitsgruppe MW, ZAB, Technologiestiftung BB, Entwurf von Leitlinien)</li> <li>- Neustrukturierung des Technologietransfers: Konzentration auf F+E und technologierelevante Branchenkompetenzfelder, Aufbau von bislang 3 Branchentransferstellen (5 weitere in Vorbereitung)</li> <li>- Technologietransfer-Richtlinie wird weiterentwickelt, hierbei Einführung neuer Anreizsysteme, Konzentration der Technologieförderung auf F+E- und technologierelevante Branchenkompetenzfelder</li> <li>- Gründung neuer technologie- und innovationsorientierter Netzwerke</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verstärkung der Zusammenarbeit mit Berlin im Technologie- und Innovationsbereich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abstimmung der regionalen technologierelevanten Branchenkompetenzfelder mit Berlin</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbeziehung externen Sachverständigen und Beratung der Landesregierung, Abstimmung der Zielstellungen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in Sachen Technologietransfer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gründung eines Beirates beim MP, halbjährliche Einberufung und ggf. Umsetzung der Beiratsempfehlungen (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten 2004)</li> </ul>	Stk
<b>Energie</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung des Kompetenzfeldes Energietechnologien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- GA- Netzwerk Energiewirtschaft/-technologie gebildet. Stärkung d. Netzwerke Brbg. Energie-Technologie-Initiative (ETI) und Centrum für Energietechnologie BB (CEBra), Unterstützung u. Koordination von regionalen und projektbezogenen Aktivitäten</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung der Energiestrategie "2010"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Jährliche Vereinbarung der Schwerpunkte und Aktivitäten, Sachstandsbeurteilung in Form eines Monitoringberichts auf dem jährlichen Energietag, Besprechung von Eckwerten der Halbzeitbilanz am 12.12.2006 im Kabinett</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langfristige Sicherung der Braunkohleverstromung, landesplanerische Sicherung der Braunkohle-Lagerstätten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erlass einer Rechtsverordnung zur Verbindlichkeitsklärung der Braunkohlepläne Cottbus-Nord, Jänschwalde, Welzow-Süd (TA I)</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung der sich herausbildenden Kompetenzfelder für erneuerbare Energien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung eines Aktionsplanes für Nutzung von Biomasse, im Juli 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt</li> <li>- Erarbeitung von Konzepten zur Integration der erneuerbarer Energien in das Energiesystem</li> </ul>	MLUV MW
<b>Flughafen BBI</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Single-Airport Berlin (ist zentrales Infrastrukturprojekt), Zeitplan Inbetriebnahme 2011 halten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Offizieller Baubeginn am 5.09.2006 nach "grünem Licht" durch BVerfG-Urteil (vom 16.03.2006)</li> <li>- Begleitung des Finanzierungskonzeptes, Sicherstellung des notwendigen Landesbeitrages sowie aller sonstigen erforderlichen Maßnahmen/Aktivitäten</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maximierung regionaler Entwicklung- und Beschäftigungseffekte bei Planung, Bau und Betrieb</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung eines Bieterverzeichnisses und gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Ausschreibungen</li> <li>- Vertragsabschluss zwischen FBS und Auftragsberatungsstelle Cottbus für ein KMU-Bieterverzeichnis</li> <li>- Erarbeitung eines ansiedlungsorientierten Entwicklungskonzeptes für das Flughafenumfeld, Abstimmung der Maßnahmen zur Flughafenentwicklung und zur Flughafenumfeldentwicklung mit den verschiedenen Akteuren (u.a. MIR/GL)</li> </ul>	MW

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Medienwirtschaft</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Sicherung und Ausbau der Medienwirtschaft und der IT-Wirtschaft in Brandenburg, Stärkung der Kooperation der Medienunternehmen in der Region</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anstoß und Begleitung einer Netzwerkbildung im Bereich IKT unter dem Dach "We make IT"</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Stabilisierung des Medienstandortes Babelsberg, Förderung des Standortes Babelsberg für internationale Großproduktionen und Serienproduktionen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe MW, ILB, Medienboard und ZAB</li> </ul>	MW
<b>Tourismus</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Stärkung des Profils des Reiselandes BB, Konsequente Themenorientierung, Unterstützung herausragender touristischer Vorhaben, Erschließung neuer internationaler Märkte, Verlängerung der Saison und Aufenthaltsdauer der Touristen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Konsequente Themenorientierung, Konzentration auf Produkte/ Zielgruppen mit besonderem Potential: Rad-, wasser-, natur-, kultur-, gesundheitsorientierter u. barrierefreier Tourismus</li> <li>- Abstimmung der tourismusrelevanten Förderprogramme und -vorhaben der Ressorts MW, MLUV, MWFK, MASGF, MIR und MBS</li> <li>- Fortschreibung der Landestourismuskonzeption (gemäß Landtagsauftrag vom Mai 05)</li> </ul>	MW
<b>Ausbildung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Gemeinsam mit Wirtschaft jedem brandenburgischen Schulabgänger einen Ausbildungsplatz bereitstellen, Schließung der Ausbildungslücke durch Lückenschlussprogramme und Angleichung von Nachfrage und Angebot bei Ausbildungsplätzen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbildungskon sens fortgeführt, besteht zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Regionaldirektion B-BB und LR; freiwillig mehr in Qualität und Quantität investiert, Ausbildungslücke geschlossen, Maßnahmen für 2007 beschlossen</li> <li>- Fortführung des Ausbildungsprogramms Ost, Verhandlungen mit dem Bund mit dem Ziel der Verlängerung, 2004 und 2005: je 5000 Plätze zur Verfügung gestellt, 2006: 4400 Plätze, Verhandlungen für 2007 haben begonnen</li> </ul>	MASGF
<b>Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Entwicklung einer Strategie gegen Fachkräftemangel zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft und Umsetzung der Strategieelemente</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einsatz einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (MASGF federführend)</li> <li>- Erarbeitung eines Maßnahmenplans bzw. Aktionsprogramms mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, Begleitung der Umsetzung, Controlling und Kabinetbericht über Umsetzung</li> <li>- Einrichtung von Regionalbüros für Fachkräftesicherung zur Unterstützung der Fachkräftesicherung vor Ort bei Betrieben und in den Regionen, seit 1.01.2006 eingerichtet, Förderansatz 2007: 1,2 Mio €</li> <li>- Initiative für Fachkräfteentwicklung/-sicherung im Luftfahrtbereich gemeinsam mit Berlin gestartet</li> </ul>	MASGF MW
<b>Aktivitäten für Zielgruppen des Arbeitsmarktes</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Evaluierung und Weiterentwicklung von Förderangeboten für Zielgruppen (Langzeitarbeitslose/Nichtleistungsempfänger, junge Leute an der 2. Schwelle, Ältere, junge Frauen, Wiedereinstieg aus Elternzeit), Vernetzung vorhandener Angebote</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Programm "Aktiv für Arbeit" (Start 07/05), wird weiterentwickelt als Programm für Langzeitarbeitslose und Nichtleistungsbeziehende, Förderansatz 2007: 3,75 Mio €</li> <li>- Programm "Junge Leute starten durch", Nutzung bewährter Förderansätze, wie "Einstiegsteilzeit", Gründerwerkstätten für junge Leute; ergänzt um das Programm "Perspektiven für qualifizierte junge Frauen im Land BB" und Erprobung von Arbeitgeberzuschüssen</li> </ul>	MASGF

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
	- Initiative "Mehr Chancen für ältere Fachkräfte" (2004-2006), Erkenntnisse und Instrumente werden in Kürze ins Internet gestellt, Akademie 50 Plus und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ältere (laufen weiter bis 2008)	
• Förderung von Existenzgründungen aus Erwerbslosigkeit	- Überarbeitung/Weiterentwicklung der Lotsendienstrichtlinie (Evaluation zuvor erfolgt), umfasst regionale Lotsendienste, Hochschullotsendienste, Migrantenlotsendienste	MASGF
• Unterstützung von Betriebsnachfolgern	- Überführung der Unterstützung in weiterführende Strukturen	MASGF
<b>Begleitung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes im Land</b>		
• Passgenauer Einsatz der in Brandenburg verausgabten Mittel der Arbeitslosenversicherung	- Abschluss einer Vereinbarung zwischen LR und RD BE-BB auf der Grundlage § 367 SGB III, Kooperation durch gemeins. Vereinbarungen zur Koordination/Verzahnung der Aktivitäten, Planung, Umsetzung der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik	MASGF
• Umsetzung des SGB II unterstützen, Begleitung der kommunalen Beschäftigungspolitik, auf bürgernahe und -freundliche Leistungserbringung orientieren	- Unterstützung der Umstellungsstrukturen (ARGE und optierende Landkreise), Beratung der kommunalen Ebene, Moderation, Errichtung eines Grundsicherungsreferates - Förderangebote des Landes zur komplementären Unterstützung der raschen Vermittlung in Arbeit auflegen, Anpassung des Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit an Hartz IV	MASGF
• Einsatz für eine Angleichung der Bedarfssätze des ALG II in Ost und West	- Einwirkung auf den Bund, Angleichung ist erfolgt	MASGF
<b>Sicherung finanzieller Spielräume</b>		
• Haushaltskonsolidierung, Reduzierung der Nettokreditaufnahme (NKA) um jährlich 175 Mill. € unter der Bedingung der Erfüllung der Einnahmeerwartungen der mittelfristigen Finanzplanung	- Stärkere Rückführung der Neuverschuldung als geplant, NKA 2003: 1,2 Mrd. €, NKA 2004: 704 Mio €, NKA 2005: 554 Mio. €, NKA 2006: 354 Mio. €, Nettokreditaufnahmen wurde innerhalb von 3 Jahren um 810 Mio. € zurückgeführt - Mittelfristige Finanzplanung 2006-2010 sieht Fortsetzung des Konsolidierungskurses vor	MdF
• Rückführung der konsumtiven Ausgaben, hohe Investitionsquote zur Freisetzung von Ressourcen für die Zukunftsgestaltung	- Laufende Berücksichtigung bei Haushaltsaufstellungsverfahren, Investitionsquote trotz deutlicher Rückführung der Neuverschuldung auf hohem Niveau: Quote 2004: 19,3 %, Quote 2005: 18,2 %, Quote 2006: 18,5 %	MdF
• Reduzierung des Personalbestandes bis Ende 2009 auf rd. 51.000 Stellen bei gleichzeitiger deutlicher Erhöhung der Mittel für Fortbildung	- Gültige Personalbedarfsplanung sieht Reduzierung des Stellenbestandes des Landes bis 2010 auf 49.400 vor. Die Stellenzahl entwickelte sich wie folgt: 57.535 Stellen zum 1. Januar 2005, 54.598 Stellen zum 1. Januar 2007	MdF
• Sicherstellung des zweckentsprechenden Einsatzes der Solidarpaktmittel (Deckung teilungsbedingter Sonderlasten, starker infrastruktureller Nachholbedarf, Kommunen), Vermeidung von Umverteilung zu Lasten der ostdeutschen Länder	- Berücksichtigung bei HH-Aufstellung und -vollzug, Brandenburg ist bei zweckentsprechender Verwendung der Mittel für den Aufbau-Ost auf gutem Weg, liegt mit einer Verwendungsquote von 55 % auf Platz 3 hinter Sachsen und MV	MdF
• Alle Förderprogramme einer regelmäßigen Evaluierung unterziehen, Notwendigkeit jeder Förderung und Förderhöhe vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hinterfragen	- Erarbeitung von Kriterien für Demografiedeckung von Planungen und Vorhaben, werden bei Prüfung von Richtlinien angewandt	Stk



## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Einwirkung auf den Bund zur Senkung des Länderanteils an den Ausgaben für die Zusatzversorgungssysteme</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verhandlungen der ostdeutschen Länder mit dem Bund zur Senkung des Länderanteils, Einigung im Rahmen MPK-Ost mit Bundesregierung Ende November 2006</li> </ul>	Stk
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Einführung einer einzelplanbezogenen Versorgungsrücklage mit dem Ziel der Transparenz, Generationengerechtigkeit, Vermeidung zukünftiger überproportionaler Belastungen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Prognose zur Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfänger sowie zur Höhe der Versorgungsausgaben des Landes bis 2035 vorgelegt, dient der Transparenz der künftigen Belastungen und langfristig HH- Planung, seit 2007 werden jeweilige Belastungen in einzelnen HH- Plänen ausgewiesen</li> </ul>	MdF
Aufbau Ost, Förderprogramme Bund und EU		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Gesetzliche Sicherung der im Rahmen des Solidarpakt II vereinbarten Korbes 2 (GA- Mittel, EU-Strukturfonds, Investitionszulage) bzw. Konkretisierung der Zusagen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politische Abstimmungen mit den anderen Ländern und dem Bund, Einigung im Rahmen der MPK-Ost mit der Bundesregierung Ende November 2006</li> </ul>	Stk
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Maximale Strukturfondsförderung ab 2007 sichern, Wirkungen des "statistischen Effektes" abwenden</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Rechtzeitige Vorlage der Programmplanungsdokumente</li> <li>- Abstimmung übergreifender Fragen mit den ostdeutschen Ländern und dem Bund zur Verteilung der EU-Strukturfondsmittel und zu den nationalen Rahmenbedingungen</li> <li>- Netzwerkarbeit mit möglicherweise vom "statistischen Effekt" betroffenen Regionen, Lobbying in den EU-relevanten Gremien</li> <li>- Verdeutlichung der brandenburgischen Anliegen gegenüber der Bundesregierung und der EU</li> </ul>	Stk
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Bessere Nutzung bzw. Erhöhung der Inanspruchnahme von EU-Fördergeldern außerhalb der Strukturfonds</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufbau von Strukturen zum besseren Kennenlernen und effizienteren Nutzen von EU-Aktionsprogrammen im Bereich Kommunen und NGO's, Aufbau Netz von Ansprechpartnern</li> <li>- Weiterentwicklung der "Förderfibel" in Hinblick auf Nutzungsmöglichkeiten der EU-Aktionsprogramme (inkl. grundlegender Erläuterungen)</li> <li>- Planung von Infoveranstaltungen zusammen mit IHKs und LAKÖV</li> </ul>	Stk
Europäische Zusammenarbeit		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Entwicklung einer Handlungsstrategie-Markterschließung in MOE, Unterstützung brandenburgischer Unternehmen bei Markterschließungsinitiativen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Außenwirtschaftspolitisches Konzept wird in 2007 vorgelegt</li> <li>- Engere Vernetzung der IIC GmbH mit der ZAB um Effektivität zu steigern, Vorschlag für Aufbau institutionalisierter Strukturen für die Zusammenarbeit IIC, ZAB, MW</li> <li>- Partnerschaft Ile de France/Masowien/Brandenburg, Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung</li> <li>- Weitere Ausgestaltung der Partnerschaft Brandenburg/Berlin/Großpolen</li> <li>- Zusammenarbeit mit polnischen Wojewodschaften in allen Politikbereichen stärken und mit konkreten Projekten untersetzen, jährlicher Kabinetbericht</li> <li>- Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A und Vorbereitung des künftigen Ziels III (grenzüberschreitende Zusammenarbeit)</li> </ul>	MW  Stk  Stk, MW

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Europäisches Bewusstsein und Kenntnisse über die EU stärken</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kommunikationsplan kurz vor der Fertigstellung, Einbindung in den bundesdeutschen und europäischen Zusammenhang (Kooperation mit den direkten polnischen Partnern im Grenzraum, anderen dt. Ländern, der Bundesregierung, der EKOM, dem EP)</li> <li>- Stärkung der Europakompetenz durch gezielte EU-Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der LAKÖV/MI</li> </ul>	Stk
<b>Berlin und Brandenburg im Wirtschaftsbereich</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Enge und intensivere Kooperation der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, gemeinsame Vermarktung der Region Berlin-Brandenburg als Metropolenregion, bestmögliche Entfaltung von Synergieeffekten für die Region</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeinsames Standortinformationssystem</li> <li>- Gemeinsame Messeauftritte, gewerbliche Kommunikation, Akquisition, Standortangebote an Investoren, gemeinsame Businessmarke: Rechte an der Wortmarke "Capital Region Berlin-Brandenburg", weitere geeignete Werbemaßnahmen und Marketingkampagnen</li> <li>- Abgestimmte Innovationsförderung in der Region (betrifft Förderprogramme, Konzentration auf Förderschwerpunkte, gemeinsames Cluster- und Netzwerkmanagement (als Schwerpunkt))</li> <li>- neu: gemeinsames Büro von Berlin Partner und ZAB in Brüssel, Eröffnung Anfang 2006</li> </ul>	MW
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Intensivierung der Zusammenarbeit von ZAB, WBI und Medienboard</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung ZAB/WBI</li> <li>- Konzepterarbeitung gemäß Kabinettsbeschluss vom 14.01.05</li> </ul>	MW

## Politikfeld Bildung, Wissenschaft, Kultur

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Kindertagesbetreuung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Vereinbarung national vergleichbarer Qualitätsstandards für ErzieherInnen und Tagesmütter bzw. Kitas und Tagespflege, Weiterentwicklung der nationalen Qualitätsinitiative und Abstimmung eines darauf bezogenen Messverfahrens</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abstimmung mit Bund und Ländern, Grundsätze der Qualitätsentwicklung in der frühen Bildung auf JMK-Ebene vereinbart, Brandenburg hat sich aktiv eingebracht</li> </ul>	MBJS
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Stärkung der frühen Bildung (Erhöhung der Bildungsangebote vor dem Schuleintritt und Weiterentwicklung eines Bildungs- und Erziehungsplans für Kitas), Verbreitung und Weiterentwicklung der Grundsätze elementarer Bildung</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abstimmung mit den Verbänden zur Weiterentwicklung der Grundsätze elementarer Bildung einschließlich Diskussion zum Bericht Qualitätsentwicklung der Kita-Betreuung (Kabinettsbeschluss am 21.02.2006)</li> <li>- Erweiterte nunmehr flächendeckende Anwendung der "Grenzsteine der Entwicklung", Erarbeitung von Elternflyern</li> <li>- Einführung der Sprachstandsmessung/Förderung ein Jahr vor der Einschulung sprachentwicklungsverzögerter Kinder, Kita-Gesetznovelle, hierin zusätzl. Rechtsanspruch für Kinder unter 3, und Grundsätze elementarer Bildung als verbindliche Standards</li> <li>- Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zur Erlaubnis für Tagespflegestellen, zum Kinderschutz und zur Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten</li> </ul>	MBJS

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kita, Einrichtungen der Tagespflege und aufnehmender Schule für eine besseren Einstieg in die "Schullaufbahn"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung erster Bausteine eines gemeinsamen Orientierungsrahmens für die Bildungsarbeit der Kitas und der Grundschulen im Rahmen eines länderübergreifenden Verbundprojekts</li> <li>Gemeinsame Tagung zur naturwissenschaftlichen Bildung in Kita und Grundschule, weitere thematisch orientierte Veranstaltungen in Planung</li> </ul>	MBJS
<b>Schulpolitik</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortführung der Qualitätsoffensive</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umfassende Schulgesetznovelle</li> </ul>	MBJS
<ul style="list-style-type: none"> <li>Einführung Oberschule für die Jahrgangsstufen 7-10 (2005/2006)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schulstrukturgesetz zur Einführung der Oberschule, Überarbeitung der Sek I-Verordnung, umfassende Informationsoffensive aller Beteiligten über die neue Schulform</li> </ul>	MBJS
<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung des Hauptschulbildungsgangs anhand eines zukunftsorientierten Profils und besonderer pädagogischer Konzepte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Kernfächer, mehr Berufsorientierung durch den Ausbau von "Praxislernen", Konzept zur Stärkung der Oberschule in Verbindung mit ESF-OP 2007 bis 2013 (19 Mio € ESF- Mittel)</li> <li>Initiierung des Netzwerks Schule Zukunft+ Wirtschaft, hat Arbeit als e.V. mit eigener Geschäftsstelle aufgenommen, kümmert sich um verschiedenste Aktivitäten im Bereich Berufsvorbereitung</li> </ul>	MBJS
<ul style="list-style-type: none"> <li>Allgemeine Hochschulreife an Gymnasien nach 12 Jahren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Generelle Schulzeitverkürzung im Zusammenhang mit der Schulgesetznovelle wird umgesetzt wie geplant, Einführungszeitpunkt Schuljahr 2007/2008 für die 7. und 8. Klassen, dadurch auch Harmonisierung mit Berlin möglich.</li> </ul>	MBJS
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zur Förderung besonderer Begabungen können Gymnasien Schülerinnen und Schüler schon nach vier Jahren aufnehmen u. in acht Jahren zum Abitur führen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einrichtung von bis zu 35 Leistungs- und Begabungsklassen zum Schuljahr 2007/2008, entsprechende Verordnung ist zum 1. März 2007 in Kraft getreten</li> </ul>	MBJS
<b>Berufliche Bildung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung und Förderung der Oberstufenzentren, bessere Förderung leistungsschwacher als auch -starker Auszubildender</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Netzentwicklung Fachklassen, um flächendeckendes Angebot vor dem Hintergrund regionaler demografischer und wirtschaftlicher Entwicklung vorzuhalten</li> <li>Auflage eines Modellprojekts im Schulamtsbereich Perleberg (Pilotphase läuft bis zum 31.01.08)</li> </ul>	MBJS
<b>Qualitätsmessung und -sicherung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterentwicklung verbindlicher, überprüfbarer Instrumente zur Qualitätsmessung und -sicherung schulischer Leistungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Diagnostische Tests Jg.2, VERA in Jg.4, Vergleichsarbeiten in Jg.5 und 8, zentrale Prüfungen am Ende der Jahrgangsstufe 10, Zentralabitur</li> <li>Visitationssystem (150 Schulen pro Schuljahr) und jährliche, datengestützte Qualitätsgespräche durch die Schulaufsicht mit den Schulen ab 2005/2006</li> </ul>	MBJS
<b>Ganztagsangebote</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagsangebote wird fortgesetzt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Neustrukturierung der Schulen mit Ganztagsangeboten; Umsetzung des Bundesprogramms, BB-Teil des Ganztagschulinvestitionsprogramms des Bundes i.H. von 132 Mio € (läuft bis 2008), Verstärkung der Kooperation von Jugendarbeit und Schule</li> </ul>	MBJS
<b>Selbstständigkeit von Schulen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erweiterung der Selbstständigkeit von Schulen; eigenverantwortlich agierende Schulen mit mehr Leistungspotential; mehr Wettbewerb unter den Schulen; Steigerung der Qualität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterführung und Ausweitung des Modellvorhabens MoSeS, perspektivische Ausweitung der erprobten Kompetenzen auf alle Schulen, ab 1.08.2007 nehmen 40 Schulen- darunter alle OSZ- Befugnisse aus Mo-SeS wahr</li> </ul>	MBJS

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Lehrerbildung, Lehrerarbeitszeit und -fortbildung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortsetzung der Reform der Lehrerbildung, Stärkung der pädagogischen Ausbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einführung BA/MA-Studium an der Uni Potsdam zum Sommersemester 2005 erfolgt</li> </ul>	MBJS
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform/Reorganisation der 1. Phase der Lehrerbildung, u.a. durch Einführung eines Praxissemesters, wird zum Wintersemester 2007/2008 beginnen</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform der Lehrerarbeitszeit - Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes, Erhöhung der schulischen Präsenzzeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorlage eines Entwurfes für ein Lehrerbildungsgesetz, in Verbindung damit Gründung eines Landesinstituts für Lehrerbildung (LaLeB), zusammengeführt aus Landesprüfungsamt u. Studienseminaren</li> </ul>	MBJS, MWFK
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Umsetzung des Konzeptes zur Erhöhung der schulischen Präsenzzeiten von Lehrkräften erfolgte im Schuljahr 2005/2006.</li> </ul>	
<b>Rahmenlehrpläne</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortsetzung der Abstimmung der Rahmenlehrplanentwicklung mit anderen Ländern, Aufnahme der laut KMK zu erreichenden Standards in die Rahmenlehrpläne</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Erarbeitung von GOST-Rahmenlehrplänen mit Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zum Schuljahr 2006/2007</li> </ul>	MBJS
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Neue Förderschulrahmenlehrpläne gemeinsam mit Berlin wurden zum Schuljahr 2006/2007 erarbeitet</li> </ul>	
<b>Arbeits- und Sozialverhalten</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhöhung der Aussagekraft des Arbeits- und Sozialverhaltens in Zeugnissen von SchülerInnen, die Bewertung erfolgt in Ziffernform; Stärkere Wahrnehmung der Erziehungsaufgabe der Schule</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung eines Mischmodells mit Kopfnoten und Verbalbeurteilung ist bis zum Schuljahr 2006/2007 erfolgt</li> </ul>	MBJS
<b>Zusammenarbeit mit Berlin im Bildungsbereich</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Intensivierung der Zusammenarbeit mit Berlin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fusion der Pädagogischen Landesinstitute, Fusion der Sozialpädagogischen Fortbildungswerke ist zum 01.01.2007 erfolgt</li> </ul>	MBJS
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Errichtung einer gemeinsamen "Qualitätsagentur", Name: Institut für schulische Qualitätsentwicklung (ISQ), An-Institut der FU Berlin</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Neues Gastschülerabkommen</li> </ul>	
<b>Umsetzung/Fortschreibung des Hochschulpaktes</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Eigenverantwortung/Autonomie und Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Erzielung wissenschaftlicher Spitzenleistungen, Übertragung des Berufsrechts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abstimmung der Inhalte der Fortschreibung des Hochschulpaktes mit dem MdF und den Hochschulen. Kabinetts, Unterzeichnung des fortgeschriebenen Hochschulpaktes soll im ersten Halbjahr 2007 vorgenommen werden</li> </ul>	MWFK
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Novellierung des Bbg. Hochschulgesetzes, ggf. weiterer Rechtsvorschriften, einschl. Prüfung der Änderungsnotwendigkeiten im Hochschulrecht des Landes aufgrund der Föderalismusreform, Eckpunkte für eine umfangreiche Novelle werden in Kürze vorgestellt</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Schaffung der Grundlagen zur Errichtung von Stiftungshochschulen und Unterstützung von Initiativen hierzu, Nutzung alternativen Rechtsformen im Hochschulbereich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ermächtigungsgrundlage im Bbg. Hochschulgesetz</li> </ul>	MWFK
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gesetzesentwurf über die Errichtung der "Stiftung Europa-Universität Viadrina" befindet sich in Erarbeitung</li> </ul>	
<b>Finanzierung und Ausbau der Hochschulen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhöhung der Ausbildungskapazität bis 2007 hin zu 3500 personalbezogenen Studienplätzen in praxisorientierten Ausbildungsgängen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erweiterung des Lehrangebotes, wettbewerbliches Verfahren für die Restquote von ca. 600 Studienplätzen (2006)</li> </ul>	MWFK

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Profilbildung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verstärkung der internationalen Ausrichtung von Lehre, Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer, vermehrte Einführung gestufter Studienstruktur, international vergleichbare Abschlüsse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen, Unterzeichnung für den Zeitraum 2007- 2009 erfolgte am 18.12.2006</li> </ul>	MWFK
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einrichtung der Studiengänge seitens der Hochschulen (2005-2009), Anteil der BA/MBA- Studiengänge derzeit bei 85%</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung von Spitzenleistungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung der Hochschulen bei der Beteiligung an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder (u.a. Sicherung der Kofinanzierung, Landesanteil ist im Haushalt sichergestellt)</li> </ul>	MWFK
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pakt für Forschung und Innovation, Landesanteil an der vorgesehenen jährlichen Zuwendungserhöhung in 2006 und 2007 sichergestellt</li> </ul>	
<b>Zusammenarbeit Wissenschaft und Wirtschaft</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Verbesserung der Kommunikation u. Kooperation zur Erzielung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Effekte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Projektförderung im Rahmen des INNOPUNKT- Wettbewerbs "Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen stärken" (auch/gerade in kleineren Betrieben), im Juli 2006: 2 Mio € an 6 Projekte überreicht</li> </ul>	MASGF
<b>Kultur</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortschreibung der Kulturentwicklungs-konzeption, ind. Erreichbarkeit kultureller Angebote unter dem Gesichtspunkt demografischer Entwicklung, Planungssicherheit für Kulturträger, Stärkung kulturpolitischer Handlungsfähigkeit der Kommunen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gespräche mit Landräten, Oberbürgermeistern, Kulturdezernenten, Neuformulierung der Entwicklungsziele und Fortschreibung der Konzeption erfolgen auf Grundlage HH 2008/2009</li> </ul>	MWFK
<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung der Revitalisierung jüdischen Lebens im Land, u.a. Abschluss eines Staatsvertrages</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschluss eines Staatsvertrages mit der jüdischen Gemeinde</li> </ul>	MWFK

## Politikfeld Familie, Frauen, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort		
<b>Familienpolitik</b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe: bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, bzw. Aus- und Weiterbildung, Stärkung der Erziehungskraft der Eltern, Sicherung einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung eines ressortübergreifenden Maßnahmenpaketes, Programm "Die Brandenburger Entscheidung: Familien und Kinder haben Vorrang" wuchs von ursprünglich 61 auf 67 Maßnahmen, davon über 90% gestartet oder fortgeführt</li> </ul>	MASGF		
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umsetzung des Maßnahmenpaketes u.a.: Landesweite Plakataktion "Die Perspektive heißt miteinander", Familienbus hatte viele Einsätze im Land, Neuauflage des "Familienratgebers", informative "Elternbriefe", Einführung eines brandenburgischen Familienpasses</li> </ul>		MASGF	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>14 neu gegründete "Eltern-Kind-Zentren" und 16 "Lokale Bündnisse für Familien"</li> </ul>			MASGF
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung der Auditierung von KMU zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie</li> </ul>			

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Frauen</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Umsetzung des Aktionsplanes zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bilanz der Umsetzung des Aktionsplans, Fortschreibung, Schwerpunkt: bessere Vereinbarkeit der Hilfesysteme für Frauen und Kinder</li> </ul>	MASGF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Implementierung des Gender-Mainstreaming als Prinzip und Strategie von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landesverwaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Im Rahmen der Novelle der Gemeinsamen Geschäftsordnung erfolgte Einflechtung eines neuen Standards. Bei zur Kabinettsentscheidung anstehenden Maßnahmen muss geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzung erfolgen.</li> <li>Durchführung von Anwendungsprojekten und Dokumentation der Ergebnisse, Empfehlungen zur Anwendung des Gender Mainstreaming in der Aus- und Fortbildung, Kabinettsbefassung am 7.03.2007</li> </ul>	MASGF
<b>Kinder und Jugend</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserter Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Misshandlungen und Vernachlässigungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umsetzung des Auftrages des Landtages vom 12. Mai 2004, Erarbeitung eines Gesamtplanes</li> </ul>	MBSJ
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterentwicklung des Landesjugendplans, Berücksichtigung demografischer Veränderungen bei der inhaltl. und finanz. Gestaltung, Verstärkung beratender, wertorientierter, aktivierender Angebote in der Jugendarbeit, Sicherung vielfältiger Freizeitangebote</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Neukonzeption/Fortführung des Personalkostenförderungsprogramms unter Beachtung der demografischen Veränderungen</li> <li>Prüfung der demografischen Auswirkungen auf die übrigen Bereiche des Landesjugendplans bei dessen Weiterentwicklung</li> <li>Begleitung der Jugendhilfeplanung der Kreise als Daueraufgabe</li> </ul>	MBSJ
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, mehr Kooperationsprojekte im Rahmen von Ganztagsangeboten und von Hilfen für Benachteiligte, Steigerung der kommunalen Interessiertheit an derartigen Vorhaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bereitstellung von Lehrerstellen für Ganztagsangebote</li> <li>Verstärkung der Beratung von Schulen und Kommunen</li> </ul>	MBSJ
<b>Soziales</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Gutes Angebot an pflegerischer ambulanter Infrastruktur sicherstellen, Angebote ausbauen, betreute Wohnformen als Alternative zur Unterbringung in Pflegeheimen weiterentwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung der Träger bei der Schaffung bedarfsgerechter Strukturen, in denen professionell erbrachte soziale und pflegerische Dienste mit Selbst- und Familienhilfe sowie ehrenamtlichen Engagement verknüpft werden</li> <li>Abschluss einer Fördervereinbarung mit der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege</li> <li>Sicherstellung der Anleitung und Begleitung von selbstverwalteten ambulant betreuten Wohngruppen, Entwicklung einer schriftlichen Handreichung</li> </ul>	MASGF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Landesrechtliche Zuständigkeitsbestimmungen sollen auf Stärkung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" und bürgernahe Organisation der Hilfestellung ausgerichtet werden, in diesem Zusammenhang Finanzausstattung der Kommunen klären</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das entsprechende Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung des Bbg. Finanzausgleichsgesetzes trat zum 1.1.2007 in Kraft</li> </ul>	MASGF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Für Sicherung des Fach- und Hilfskräftebedarfs in der Pflege einsetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortschreibung der Umsetzung des Bundesaltenpflegegesetzes auf Landesebene, Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Altenpflegeausbildung</li> </ul>	MASGF
<b>Gesundheit</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Gesundheitsförderung und -prävention bleiben wichtige Landesziele</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Novelle des Heilberufsgesetzes</li> </ul>	MASGF

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Prävention in Kindertagesstätten und Schulen, bessere Chancen für Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus, Sicherung einer kindgerechten Versorgung in allen Regionen</li> </ul>	- Aufbau von bislang 3 lokalen Netzwerken Gesunde Kinder in Lauchhammer, Eberswalde und Nauen	MASGF
	- Erweiterung des Netzwerkes Gesunde Kita auf 21 teilnehmende Kindertagesstätten, Ergänzung dieses Netzwerkes um 4 "Konsultations-Kitas Gesundheit"	
	- Höhere Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen (u.a. durch Einsatz entsprechender Informationsmaterialien)	
	- Durchführung eines Kindergesundheitsgipfels, Verabschiedung der "Potsdamer Erklärung zur Kinderge-sundheit" am 26.01.2007	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Auf Konzepte für bedarfsgerechte medizinische Versorgung in ländl. Regionen unter Ausschöpfung der Möglichkeiten des GKV-Modernisierungsgesetzes hinwirken (und deren Umsetzung), Ziel ist Zusammenarbeit stationärer und ambulanter Versorgung</li> </ul>	- Fachgespräche mit Kassenverbänden, KV, Krankenhausträgern, BMGS zur Entwicklung konkreter Projekte zur mittel- bis langfr. Versorgung (z.B. Integrationsversorgung, Gesundheitszentren, regionale Versorgungsnetze), ggf. Modellprojekte durchführen	MASGF
	- Start einer Image- und Informationskampagne zur Gewinnung von Ärzten, insbesondere Hausärzten auf dem Lande am 23.10.06 mit Internetportal	
	- Modellprojekt "Gemeindeschwester" läuft seit Juli 2006 in Lübbenau, wird wissenschaftlich begleitet, im Ergebnis ggf. Bundesratsinitiative Brandenburgs	
<b>Sport</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortführung der Sportförderung, Sicherung der bewährten Sportstrukturen im Land, Verbesserung der Sportbeteiligung insbes. von Kindern und Jugendlichen</li> </ul>	- Gesetz über Sportförderung zielorientiert umgesetzt, darauf aufbauende Förderstruktur gemäß Zielstellung	MBSJ
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortführung "Goldener Plan Ost", Umsetzung des Bundesprogramms, Verbesserungen für die vereinseigenen Sportanlagen</li> </ul>	- Sicherung der Kofinanzierung und Fortführung in 2005 und 2006 für das Bundesprogramm, Einbeziehung von EAFGL-Mitteln	MBSJ
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterentwicklung der Schule-Leistungssport-Verbundsysteme, Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit</li> </ul>	- Bedarfsgerechte Ausstattung der Schule-Leistungssport-Verbundsysteme, Zahl der Lehrertrainer wurde Ende 2006 nochmals aufgestockt	MBSJ
	- Gezielte Nachwuchsarbeit in ausgewählten Schwerpunktsportarten	

## Politikfeld Inneres, Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau, Tolerantes Brandenburg, Justiz

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Systematische Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements, Erhöhung der Zahl ehrenamtlich Tätiger und des Umfangs der ehrenamtlichen Tätigkeit, u.a. durch Einrichtung einer Koordinierungsstelle in der Stk und Etablierung eines Internetportals</li> </ul>	- Einrichtung einer Koordinierungsstelle "Bürgerschaftliches Engagement" in der Staatskanzlei	Stk
	- Etablierung eines Internetportals	
	- Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zur Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeit, Ausrichtung eines jährlichen Empfangs, Prüfung anderer Würdigungsmöglichkeiten	

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Bekämpfung des Rechtsextremismus</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zurückdrängung der verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im öffentlichen Raum, Fortführung der Strategie der Repression</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Intensivierung der Aktivitäten des Landespräventionsrates zum Thema Rechtsextremismus in den Feldern Kommunale Netzwerke, Opferschutz/Opferhilfe, Jugendgewaltprävention</li> </ul>	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Intensive Fortsetzung flankierender präventiver Maßnahmen z.B. Weiterbildung von Lehrkräften, verstärkte Aufklärung in den Schulen, gezielte Jugendarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beteiligung des MI an einer bundesweiten Projektgruppe zur Konzeptentwicklung für eine Info- und Aufklärungskampagne über den Rechtsextremismus</li> </ul>	MI
<b>Bürokratieabbau, konsequente Deregulierung, ressortübergreifende Verwaltungsmodernisierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zielorientierte Regierungsplanung mit ressortübergreifenden Controlling</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung eines Arbeitsprogramms der Landesregierung zur zielorientierten Aufstellung bedeutsamer Vorhaben, Nutzung einer Accessdatenbank, Ressortberichte</li> </ul>	Stk
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Halbjährliche Besprechung des Erfüllungsstandes des Arbeitsprogramms in StB und/oder Kabinett, Halbzeitbilanz</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Einsatz betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in allen dafür in Frage kommenden Bereichen der Verwaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>In den Bereichen, die Einführung KLR abgeschlossen haben, sollen ergänzend zur Haushaltsplanung produktbezogene Kosteninformationen erhoben werden</li> </ul>	MdF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weitere Umsetzung der eGovernment-Strategie, Einführung digitaler Verwaltungsprozesse gemäß MPK-Beschluss vom 17.06.2004, Verfahrensbeschleunigung, Verfahrensharmonisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortschreibung des Masterplans eGovernment und des Aktionsplans eGovernment</li> </ul>	MI
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zugang für elektronische Kommunikation bei allen Behörden gemäß IT-Strategie, Elektronische Kommunikation zwischen den Behörden bis 2007</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Prüfung der Bündelung von internen Serviceleistungen, u.a. für den Bereich Personalverwaltung, Schaffung von Landesservicecentern (s.a. 1.3.1. KoAV)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung eines Landesbetriebes Liegenschaften und Bau, wurde zum 1.06.2006 gebildet, Nutzungsentgeltverträge mit Ressorts werden kontinuierlich abgeschlossen</li> </ul>	MdF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erreichbarkeit und Bürgernähe auch bei erforderlichem Rückzug der Verwaltung aus der Fläche sicherstellen, u.a. durch Einrichtung gemeinsamer Servicestellen des Landes und der Kommunen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landkreisen und Gemeinden im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "eBürgerdienste"</li> </ul>	MI
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsames Verwaltungsportal für Land und Kommunen (BOA)</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Interkommunaler Datenaustausch, sowie Datenaustausch Land-Kommune</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bündelung der Fortbildungseinrichtungen der Landesverwaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Prüfung von Zusammenlegungsmodellen, zunächst beschränkt auf eine Bündelung am Standort Königs Wusterhausen</li> </ul>	MI, MdJ, MdF
<ul style="list-style-type: none"> <li>Abbau von Bürokratiehemmnissen, konsequente Deregulierung, Senkung der Bürokratiekosten, Erhöhung der Serviceleistungen der Verwaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einrichtung einer zentralen Nomenprüfstelle (begleitende Gesetzesfolgenabschätzung, retrospektives Normencontrolling auf Zielerreichung, Abbau überflüssiger Nomen, Benchmarking mit anderen Ländern)</li> </ul>	Stk
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiierung der Teilnahme von Landkreisen/kreisfreien Städten an der Ausschreibung des BMWA für Modellregionen/Experimentierklauseln für Bundesrecht</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorlage eines Bürokratieabbaugesetzes: Experimentierklauseln im Landesrecht zur Anwendung in den Landkreisen/kreisfreien Städten, 45 Anträge von Landkreisen und Gemeinden gestellt, 12 bereits genehmigt</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Internetauftritt als Anlaufstelle für BürgerInnen und Unternehmen zur Verfügung stellen</li> </ul>	



## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform des öffentlichen Dienstrechts unterstützen, Stärkung der Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Benennung eines Beauftragten des MI für die Reform des öffentlichen Dienstrechts</li> <li>Einsetzung eines Lenkungsausschusses zur Erarbeitung von Eckpunkten für eine Reform des öffentlichen Dienstes in Brandenburg</li> </ul>	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Augenmerk verstärkt darauf richten, welche Aufgaben der Staat zwingend wahrnehmen muss, welche davon er selbst erfüllen will und bei welchen es wirtschaftlicher ist, sich Dritter zu bedienen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verkauf der 4 Landeskliniken, Ausgliederung aus der Landesverwaltung und Trägerwechsel in 2006 erfolgt</li> </ul>	MASGF
<b>Polizei und Sicherheit</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Optimierung einer bürgerorientierten und effizienten Polizeiarbeit unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Evaluierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weiterentwicklung der Polizei u.a. unter Berücksichtigung der im Rahmen der Evaluierung festgestellten Handlungsbedarfe</li> <li>Gesetz zum Schutz von Gräber- und anderen Gedenkstätten (i. V. mit Versammlungsrecht)</li> <li>Novelle Polizeigesetz</li> </ul>	MI
<b>Politisch motivierte Gewalt</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Konsequente Verfolgung politisch motivierter Gewalttaten, insbesondere rechtsextrem motivierte und fremdenfeindliche Gewalt, Aufrechterhaltung eines hohen Aufklärungs- und Verfolgungsdruckes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortschreibung des Handlungskonzeptes "Politisch motivierte Kriminalität" (PMK) und Ausbau der Verbunddatei Auswertesystem Staatsschutz (ASS)</li> </ul>	MI
<b>Organisierte Kriminalität</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Fortführung und Ausbau der hierzu geschaffenen Strukturen, intensive Zusammenarbeit mit Berlin und den polnischen Behörden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Intensivierung der Bekämpfung von Korruption</li> <li>Gemeinsame Bekämpfung von Erscheinungsformen der Rockerkriminalität mit Berlin</li> </ul>	MI
<b>Katastrophenschutz/Feuerwehren</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung, landesweite Bündelung der Kompetenzen, Optimierung der überörtlichen Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern, dem neuen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie der Republik Polen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schaffung von Regionalliegestellen auf der Grundlage des neuen BbgBKG</li> <li>Einbeziehung in länderübergreifende Krisenmanagementübungen (LÜKEX)</li> </ul>	MI
<b>Kommunales</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Landkreise, Städte und Gemeinden mit ausreichendem Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum versehen, Eigenverantwortung stärken, Reibungsverluste zwischen Verwaltung und Mandatsträgern abbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gesamtnovelle der Gemeinde-, Amts- und Landkreisordnung einschließlich Einführung Direktwahl der Landräte liegt im Entwurf vor</li> </ul>	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fehlentwicklungen in verschiedenen Bereichen der kommunalen Betätigung vermeiden, rechtzeitige Begleitung kommunaler Betätigung durch kompetentes Krisenmanagement</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Neuordnung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung im Land im Rahmen der Gesamtnovelle der Kommunalverfassung (liegt im Entwurf vor)</li> </ul>	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zusammenführung der überörtlichen Haushaltsprüfung mit der Kommunalaufsicht, Schaffung von Synergieeffekten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anderung des Landesrechnungshofgesetzes und der Gemeindeordnung (§ 116)</li> </ul>	MI

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" - für eine starke und lebendige Demokratie</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortführung und Weiterentwicklung des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg", gezielte Bekämpfung des Rechtsextremismus, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen</li> </ul>	- Berichterstattung über Umsetzung des Handlungskonzeptes in enger Zusammenarbeit aller Ressorts	MBJS
<b>Härtefallkommission</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Entscheidungshilfe bei Härtefällen im Asylrecht etablieren</li> </ul>	- Einrichtung einer Härtefallkommission durch Rechtsverordnung (HFKV)	MI
<b>Rückfallquoten junger Straftäter verringern</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Senkung der Rückfallquoten jugendlicher Delinquenten, weitere Beschleunigung jugendstrafrechtlicher Verfahren, Ausbau von Präventionsmaßnahmen, Aufbau von Nachsorgeeinrichtungen für die Zeit nach der Verurteilung</li> </ul>	- Projektstart "Jugendstrafvollzug in freien Formen - Entlassungsintensivtraining für lockerungsgerechte Jugendstrafgefangene in besonderen Jugendhilfeeinrichtungen freier Träger", seit Dez. 2006 Förderung von 6 Unterbringungsplätzen in Liepe (EJF Lazarus)	MdJ
	- Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung im Jugendstrafvollzug (JVA Wriezen)	
<b>Innovation von Gerichtsverfahren</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Voranbringen moderner Kommunikationstechniken im Rechtsverkehr</li> </ul>	- Landesweite Einführung des Elektronischen Grundbuches und des automatisierten Abrufverfahrens ist abgeschlossen	MdJ
	- Landesweite Einführung des elektronischen Datenaustausches zwischen Grundbuch- und Kataster- und Vermessungsämtern ist abgeschlossen	
	- Vollzug Kommunikationsverbund: Fertigstellung bis Ende 2006	
	- Landesweite Einführung eines elektronischen Handelsregisters (AUREG)	
	- Eigener Internetauftritt für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften	
	- Vollständige IT- Ausstattung der Sozialen Dienste	
<b>Berlin und Brandenburg im Bereich Inneres und Justiz</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aufgabenerledigung mit Berlin im Aus- und Fortbildungsbereich des Polizeivollzugsdienstes ist auszubauen</li> </ul>	- Ausbildung der Anwärtler für den höheren Polizeivollzugsdienst im 1. Studienjahr (ab Oktober 2005)	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Weitere Projekte von Zusammenarbeit im Justizbereich</li> </ul>	- Gemeinsames zentrales Mahngericht beim Amtsgericht Wedding eingerichtet, zentrale automatisierte Bearbeitung von ca. 510.000 Verfahren	MdJ
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung gemeinsamer Obergerichte (Oberverwaltungs-, Landessozial-, Landesarbeits- und Finanzgericht)</li> </ul>	- Staatsvertrag abgeschlossen, erforderliche Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorgenommen, Standorte: Berlin (OVG), Cottbus (FG), Potsdam (LSG), Berlin LAG	

## Politikfeld Regionale Entwicklung, Infrastruktur, Umwelt

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<b>Raumordnung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Überarbeitung der gemeinsamen Landesplanung gemäß Vereinbarung der Regierungschefs von Berlin und Brandenburg vom 24.06.2005, Rechtsanpassung an EU- Recht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzendes Verfahren zum Lep FS</li> <li>Neues Leitbild für den Gesamttraum erarbeiten</li> <li>Grundlegende Überarbeitung des LEPro, Beteiligungsverfahren abgeschlossen, wird derzeit ausgewertet</li> <li>Entwurf eines LEP B-BB (Rechtsverordnung) erarbeitet, Beteiligungsverfahren hat begonnen, Entwurf wurde öffentlich gemacht</li> </ul>	MIR
<b>Stadtentwicklung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Städte durch Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik attraktiv und lebenswert halten, Förderung strukturpolitischer Entwicklungspotentiale, Gewährleistung der Grund- und Versorgungsstrukturen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung Masterplan Stadtumbau, Entwicklung modellhafter Förderstrategien im Hinblick auf die Ausgangslage sowie insbesondere demografische Entwicklung</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Innenstädte - Ausrichtung der Entwicklungspotentiale der Städte auf Stadtzentren, Bildung von staatlich gefördertem Wohneigentum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortführung der Stadterneuerungsprogramme, Verzahnung mit EU - Programmen u. Konzentration auf innerstädt. Infrastrukturmaßnahmen, Wohnfolgeeinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen, Konzentration der Wohneigentumsförderung</li> </ul>	MIR
<b>Ländliche Entwicklung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Unternehmen in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft weiter stärken, Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, Unterstützung der "Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fortsetzung der einzelbetrieblichen investiven Förderung, dabei Chancengleichheit für alle Betriebsgrößen, ca. 500 Unternehmen sind in investive Förderung arbeitsplatzsichernder Maßnahmen einbezogen</li> <li>Förderung des Projektes "Land aktiv", Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>Langfristige Strategien zur Stärkung der ländlichen Räume, Integrierte ländliche Entwicklung, Synergieeffekte der Einkommensdiversifizierung ausschöpfen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erarbeitung von Konzeptionen zur Entwicklung der ländlichen Räume ("ILEKs"), Vorgabe von inhaltlichen Schwerpunkten, Umsetzung der ILEKs durch Regionalmanagement</li> <li>gezielter Einsatz der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (E-LER) für den Programmplanungszeitraum 2007-2013, Sicherung der Kofinanzierung der EU- und Bundesmittel für die ländlichen Räume</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>Mobilisierung des Holzpotentials im Privatwald</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Waldbesitzer motivieren, Bewirtschaftungsmaßnahmen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen, Holzeinschlag stieg 2005 im Privatwald von 1,6 Mio Festmeter auf 2,3 Mio. Festmeter, weitere Steigerung wird erwartet</li> <li>Herausgabe eines "Handbuch für den Waldbesitzer"</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung der Jagdsteuer und der Jagderlaubnissteuer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Änderung des Kommunalabgabengesetzes</li> </ul>	MI
<ul style="list-style-type: none"> <li>Für eine zivile Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner Heide einsetzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Politische Kommunikation des Anliegens in Richtung Bundesregierung</li> </ul>	MW, MLUV
<b>Verkehr</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes anstreben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktive Beteiligung des MIR an der Ausgestaltung des vom Bund vorgelegten Neuentwurfes (altes Gesetz lief zum 31.12.05 aus)</li> </ul>	MIR

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>Berücksichtigung langfristiger Strukturveränderungen (Demografie, Wirtschaftsentwicklung) in der Straßenplanung, Erarbeitung aktueller Planungsgrundlagen, Anpassung der Straßeninfrastruktur (siehe Demografiebericht der Landesregierung vom März 2005)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktualisierung der Straßenverkehrsprognose</li> <li>Überarbeitung der funktionalen Gliederung des Bundesstraßennetzes zur Anpassung von Standards für effektiven Mitteleinsatz im Neubau/Erhaltung incl. Um- und Ausbau, Landesstraßengliederung erfolgt bis Ende 2007</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Bundesfernstraßen, Umsetzung von Aus-, Um- und Neubaumaßnahmen zur Sicherung der Erreichbarkeit aller Landesteile und von Berlin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verkehrswirtschaftl. Untersuchungen zur Ermittlung von Prioritäten bei der Umsetzung des Straßennetzkonzeptes, Umsetzung der Vorhaben entsprechend der ermittelten Dringlichkeiten</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Prüfung weiterer Maßnahmen zur Verkehrssicherheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausweitung des Radwegenetzes an Bundes- und Landesstraßen</li> <li>Entwicklung eines Systems zur pädagogisch-qualifizierten Überwachung der Fahrschulen, hat zu einer deutlichen Verbesserung des Unterrichts beigetragen, zeigt sich an höherer Bestehensquote bei der theoretischen Prüfung</li> <li>Modellvorhaben im Bereich Radfahrersicherheit (Schüler über 12 J.) und "Demografie und Verkehrssicherheit" vom Forum für Verkehrssicherheit initiiert, Forum arbeitet auf Grundlage des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung der Kommunen im Bereich des kommunalen Straßenbaus, damit bessere wirtschaftliche Entwicklung und bessere Verkehrsverhältnisse ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung kommunaler Straßenbaumaßnahmen: Verbesserung des Verkehrsablaufs, Verringerung Umweltbelastungen, Erhöhung Verkehrssicherheit, insb. der Schul- und Spielwege (Umsetzung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes)</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Wirkung des ÖPNV-Gesetzes zu überprüfen (Mitte der Legislatur), Regelungen ggf. zu modifizieren, Entwicklung und Umsetzung innovativer und alternativer Bedienungskonzepte insbes. im ländl. Raum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wirkungsanalyse ÖPNV-Gesetz in Abstimmung mit den Kreisen, ggf. Novellierung bis Mitte der Legislaturperiode</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Anbindung des BBI an das Bundes- und Fernstraßennetz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausbau der B 96, Verkehrsfreigabe Dez. 2006</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Abstimmung der Verkehrsplanung mit Berlin, Abstimmungsverfahren im engeren Verflechtungsraum durch eine neue Organisationsform, ggf. ein gemeinsames Verkehrsreferat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzung der bestehenden Abstimmungsformen um eine AG "Verkehrsmanagement" auf AL- Ebene (Ergebnisse der gemeinsamen Kabinettsitzung am 14.01.05), trifft sich alle 4-8 Wochen und erörtert alle anstehenden Verkehrsplanungen</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung eines gemeinsamen Luftfahrtamtes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschluss eines entsprechenden Staatsvertrages, gemeinsames Amt zum 1.08.2006</li> </ul>	MIR
<b>Nachhaltigkeit, Naturschutz</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>Prinzip der nachhaltigen Entwicklung muss stärker in alle Fachpolitiken Eingang finden, Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kooperation mit der Wirtschaft, Fortschreibung der Vereinbarungen zur Umweltpartnerschaft</li> <li>Rat für Nachhaltigkeit beim Umweltminister, konstituierende Sitzung am 19.03.2007</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Natura 2000-Schutz ist mit vertraglichen administrativen oder rechtlichen Maßnahmen bis 2009 zu untersetzen, weitere Schutzgebietsausweisungen grundsätzlich nur im Rahmen Natura 2000 und möglichst niedrigschwellig</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Analyse, Bewertung der erforderlichen Maßnahmen, Schutzgebietsausweisungen, Verträge abschließen, Aufstellung von Bewirtschaftungserlassen und Erarbeitung von Managementplänen, finanz. Maßnahmen in ELER-Fondsentwurf eingearbeitet</li> </ul>	MLUV

## Vorhabenbilanz der Landesregierung Brandenburg zur Halbzeit der 4. Legislaturperiode

Ziele der Landesregierung	Vorhabenbilanz	Ressort
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Erhalt des Systems der Großschutzgebiete, Verbesserung der Akzeptanz des Nationalparks Unteres Odertal, Überarbeitung des Nationalparkgesetzes</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Darstellung der Leistungsfähigkeit des GSG-Systems, Fortentwicklung der internen Strukturen und Ausrichtung auf spezifische Aufgaben, insb. Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus und einer nachhaltigen Regionalentwicklung</li> <li>- Novellierung des Nationalparkgesetzes, hierfür umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit</li> </ul>	MLUV
<b>Braunkohlesanierung</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Verknüpfung der berg- und wasserrechtlich begründeten Sanierungsmaßnahmen mit der infrastrukturellen Entwicklung der Regionen, den touristischen Vorhaben sowie den damit verbundenen Folgeinvestitionen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung einer Strategie zum Umgang mit den Tagebauseen (Eigentum, wasserwirtschaftl. Nachsorge), Abstimmung/Umsetzung der Verhandlungsposition gegenüber der LMBV, Kabinettsbeschluss hierzu (08/2005)</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Abschluss einer Nachfolgeregelung zur Finanzierung der Braunkohlesanierung mit dem Bund und den Braunkohleländern (bis Ende 2006)</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung der Verhandlungsgrundlagen, Abstimmung der Verhandlungsstrategie und Umsetzung in den Bund-Länder-Besprechungen</li> </ul>	MIR
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Unterstützung der IBA</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherung der Finanzierung der IBA GmbH, Finanzierung im Rahmen der Nachfolgeregelung, projektkonkrete Verknüpfung Braunkohlesanierung-Landesförderung</li> </ul>	MIR
<b>Verwaltungsmodernisierung im Forstbereich und im Wasserrecht</b>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Weiterführung der Reform der Forstverwaltung, Prüfung ob und ggf. durch welche Organisations- und Rechtsform der Landesforstverwaltung diese weiter optimiert werden kann, Entwicklung Cluster "Forst und Holz" trotz Reduzierung der Zuschüsse</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Evaluierung der Reform der Landesforstverwaltung als Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung eines Konzeptes zur künftigen Organisations- und Wirtschaftsform, Eckwerte am 7.03.2007 im Kabinett</li> <li>- Einführung einer Balanced Scorecard in der Landesforstverwaltung</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Überarbeitung des brandenburgischen Wassergesetzes in Richtung mehr Bürger- und Investorenfreundlichkeit, u.a. durch Deregulierung, Anpassung an Bundesrecht i.S. vorbeugender Hochwasserschutz</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regierungsentwurf Novelle Bbg. Wassergesetz steht kurz vor dem Kabinettsverfahren</li> </ul>	MLUV
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Novellierung des Wasserverbandsgesetzes, leistungsfähigere Strukturen, Ausbau der Mitbestimmung der Kostenträger, Vergleichbarkeit der Kostenstrukturen, Benchmarking</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung des Gesetzes über die Bildung der Gewässerunterhaltungsverbände (GUVG) im Rahmen der Wasserrechtsnovellierung</li> </ul>	MLUV

Gesamtzahl der Vorhaben:

236